Vor 25 Jahren: CIA putscht Schah auf den Thron

1 H 3752 CX

Seite 11

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 34, 25. August 1978 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

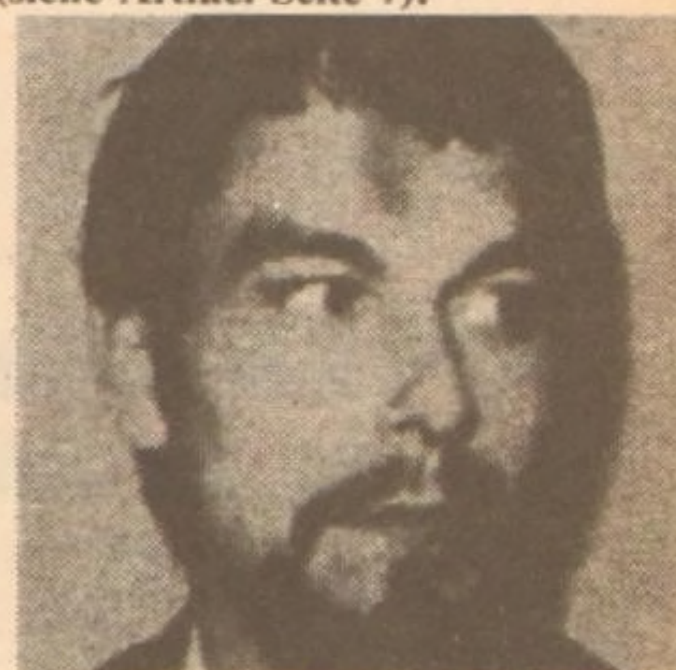


Neue Provokation des Verfassungsschutzes

Steckbriefe von Funktionären der KPD / ML angefertigt

Steckbriefe des Vorsitzenden unserer Partei, des Genossen Ernst Aust, und des Genossen Gernot Schubert konnte man letzte Woche in der Illustrierten „Quick" abgebildet finden. Was soll das? Sind die Genossen etwa zur Fahndung ausgeschrieben? Was die „Quick" so unter die Leute brachte, war ein Auszug aus einer geheimen Steckbrief-Sammlung des Verfassungsschutzes, die zu Spitzelzwecken an alle BGS-Dienststellen gegeben wurde. Kommunistische Funktionäre wie gemeine Verbrecher auf Steckbriefe gebracht, das ist eine neue, unverschämte Provokation der Bonner Geheimdienste (siehe Artikel Seite 7).





Fahndungsbilder von Genossen Ernst Aust (links) und Genossen Gernot Schubert, abgedruckt in der „Quick"

Verbrecherische Geschäfte mit Giftmüll

Tödliche Gefahr durch Giftmüll

Seit Jahren ist der Chemie-Konzern BASF dabei, in einem stillgelegten Salzbergwerk in Herfa-Neurode (Hessen) die größte Giftkippe der Welt anzulegen. Die Behörden wissen das und haben nichts dagegen. Sie behaupten, die Sache sei ungefährlich. Ein Bergingenieur, der jahrelang in diesem Bergwerk gearbeitet hat, erklärte dagegen, daß die Gefahr für tektonische Beben, für Wassereinbrüche und Gebirgsschläge bei diesem Grubenfeld groß sei. Bereits jetzt lagert in den Salzstollen eine solche Menge Gift, daß sie ausreichen würde, die gesamte Weltbevölkerung zu töten.

Aber was scheren sich die Kapitalisten um die ungeheure Bedrohung, die dieses Giftlager für die Bevölkerung bedeutet? Für sie zählt nur eins: Profit. So haben die BASF-Bosse das stillgelegte Bergwerk zu einer besonderen Profitquelle umfunktioniert. Gegen Bezahlung lassen sie alle möglichen Firmen aus dem In- und Ausland hier ihren Giftmüll abladen.

Dies kam erst an die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem neuesten Giftgeschäft von BASF. Und zwar ist man zur Zeit dabei, 950 Fässer mit hochgiftigen arsenhaltigen Pflanzenschutzmitteln in dem Bergwerk einzulagern, die aus den USA stammen. Die amerikanische Firma, die das Gift produziert hatte, wollte es zunächst in den USA einlagern. Obwohl es dort im Gegensatz zur Bundesrepublik weite unbesiedelte Gebiete gibt, haben die amerikanischen Behörden die Ablagerung strikt verboten. Nun sollte das Gift in England verbrannt werden. Aber das scheiterte am Widerstand von Umweltschützern. In der Bundesrepublik jedoch hat kein Minister und keine Behörde Einwände gegen die Ablagerung erhoben.

Ein Vertreter des Bonner Innenministeriums erklärte dazu vor Journalisten: Es könne keine Einwände gegen die Einlagerung geben, da sie „nach den Prinzipien der freien Marktwirtschaft vereinbart wurde". (Lesen Sie mehr dazu auf Seite 12).

AKW-Unfälle

Mehr als zwei Drittel der Atomkraftwerke stillgelegt

Nun mußte auch das Atomkraftwerk Neckarwestheim wegen einer Panne in der elektrischen Versorung stillgelegt werden. Damit hat sich die Ausfallquote der Verfügbarkeit der AKWs in der Bundesrepublik, die im ersten Halbjahr 1978 noch bei 63 Prozent lag, auf über zwei Drittel erhöht. Fraglich ist weiterhin, ob die AKWs Singen und Grundremmingen überhaupt jemals wieder in Betrieb genommen werden können. Diese Zahlen werfen ein bezeichnendes Bild auf die angebliche Sicherheit der Atomkraftwerke, über die von den Energiemonopolen und vom Bonner Staat immer so gerne geredet wird. (Wie es mit der Sicherheit der Bevölkerung bei Atomunfällen aussieht, das beschreibt ein Arikel aus Seite 8 in diesem RM.)

„Northern Wedding 78"

Das größte Seemanöver seit Bestehen der NATO

Im Herbst werden im Rahmen des aggressiven NATO-Paktes wieder zahlreiche Manöver in ganz Europa durchgeführt. Dabei werden über hunderttausend Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft die sogenannte „Vorneverteidigung" üben, die nur ein Deckname ist für den planmäßigen Angriffskrieg, der hierbei geprobt werden soll. Die amerikanischen Imperialisten werden im Zuge dieser Manöver ihre Besatzertruppen in Westdeutschland um 13.000 Mann verstärken. Höhepunkt dieser bung wird das am 4. September beginnende Seemanöver „Northern Wedding 78" sein, dem größten seit Bestehen der NATO. Mit diesen Manövern zeigen die westlichen Imperialisten wieder einmal die Aggressivität ihres Bündnisses und ihre fieberhaften Kriegsvorbereitungen.

Wußten Sie schon ...?

...daß im Jahr 1977 nach einem Bericht des US-Handelsministeriums 24,7 Millionen Menschen in den USA unter der amtlich festgelegten Armutsgrenze leben mußten? Als Maßstab für diese Grenze legen die amerikanischen Behörden ein Maximaleinkommen von 6.191 Dollar im Jahr für eine vierköpfige Familie zugrunde (als statistisches Durchschnittseinkommen der Familie in den USA wird 16.010 Dollar angegeben). Unter den Farbigen beträgt der Anteil der Menschen, die in solchem Elend vegetieren müssen, den genannten Angaben zufolge ein Drittel.

Tankwagen defekt und unsicher

Katastrophe wie in Spanien droht



Dieses Unglück in Spanien kann morgen schon bei uns passieren.

Mitte Juli auf einem spanischen Campingplatz: Brennende Menschen laufen schreiend umher, überall liegen Tote, stöhnen Verletzte. Wer erinnert sich nicht an die schrecklichen Bilder! Aber: „Bei uns gibt es so etwas nicht." Das versicherten damals einhellig die Bonner Behörden, der TÜV usw. Und der ADAC sprach es in seiner jüngsten „Motorwelt" aus: „Deutsche Tanks explodieren nicht!"

Glücklicherweise ist es bisher noch nicht zu einem solchen Unfall auf deutschen Straßen gekommen. Aber nur durch Zufall. Denn eine kürzlich vorgenommene Sonderkontrolle an 267 Tankwagen für Gas und Benzin in Nordrhein-Westfalen brachte es an den Tag. Insgesamt wurden bei diesen Wagen 691 Beanstandungen registriert, die, wenn man annimmt, daß dies nur die Spitze eines Eisberges ist, für die Zukunft Schlimmes befürchten lassen. So hatte ein Gas-Tankwagen drei völlig blanke Reifen, bei einem anderen war der Notschalter für die elektrische Anlage defekt.

Bei den Benzinfahrzeugen kam es noch dicker. Fünf Fahrzeuge hatten gar keine Zulassung, und ein sechster mußte sofort aus dem Verkehr gezogen werden: Der Fahrzeugrahmen war dreifach gebrochen. Dabei setzen die Energie-Konzerne bei ihrer Sucht nach Profit bedenkenlos das Leben der Fahrer aufs Spiel! Fehlende Sicherheitseinrichtungen bei 68 Prozent der Fahrer, bei fast ebenso vielen wurden die Vorschriften für Ruhezeiten nicht eingehalten. Und da rät der ADAC mit bodenlosem Zynismus: „Parken Sie nicht zu dicht neben einem Gefahrengut-LKW. Es könnten giftige Gase ausströmen."

FBI-Mordkomplott

Nach dem amerikanischen Geheimdienst CIA, dessen verbrecherischen Einsätze vor allem außerhalb der USA in den letzten Jahren bekannt geworden waren, kommt nun auch die Bundespolizei FBI wieder ins Gespräch. Nach Angaben eines schwarzen Geistlichen vor einem Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses, der schon seit Jahren mit der „Aufklärung" des Mordes an dem schwarzen Bürgerrechtler Martin Luther King beschäftigt ist, soll das FBI an einem Mordkomplott gegen King maßgeblich beteiligt gewesen sein. Diese Aussagen werden vom Anwalt des als Mörder verurteilten J.E. Ray unterstützt, der behauptet, Ray sei unschuldig.

Das FBI, das dem amerikanischen Justizministerium untersteht, war schon früher durch solche Praktiken aufgefallen, wie Einbrüche, Bespitzelungen politischer Gruppen, Anzapfen von Telefonen, Bestechungen von Studenten, Einsicht in private Bankkonten usw. Das sind nur einige der Methoden, mit denen die Bundespolizisten ihren Auftrag im Sinne der amerikanischen Imperialisten erfüllen. Ein Auftrag zur Unterdrückung und Einschüchterung des amerikanischen Volkes, das nicht mehr bereit ist, die Lasten der tiefen wirtschaftlichen Krise (über 10 Mill. Arbeitslose, über 6% Inflation) zu tragen und zunehmend bereit ist, auch militant gegen die Verschlechterung seiner Lage vorzugehen, wie der machtvolle Bergarbeiterstreik im letzten Jahr gezeigt hat.

Daß die amerikanische Polizei gerade jetzt wieder ins Gespräch kommt, zu einem Zeitpunkt, da der Chef des Weißen Hauses so groß von der Verwirklichung der Menschenrechte tönt, ist ein Zeichen dafür, wie verlogen seine Worte sind. Seine verzweifelten Versuche, sich als „Saubermann" in der amerikanischen Politik zu etablieren, haben sich wieder einmal als Augenwischerei entlarvt.

Generalamnestie für Nazi-Mörder?

Jetzt hat sich auch F.J. Strauß für eine Generalamnestie für NS-Verbrecher ausgesprochen. In einer Zeit, in der immer häufiger über die faschistische Vergangenheit führender Repräsentanten des Bonner Staates berichtet wird (s. RM 32), versucht der CSU-Chef nicht nur weitere Enthüllungen durch diese unverschämte Forderung abzublocken, er stellt damit auch indirekt die Forderung, daß bereits angeklagte Faschisten, wie die Majdanek-Massenmörder, freigesprochen werden. Bei seinen Schimpfkanonaden („Schnüffeln, Drecksuchen, Anschießen . . .") hat er auch gleich den wahren Feind entdeckt: „die Roten".

Dabei dreht er mit bekannter Unverfrorenheit den Spieß um. Nicht die KZ-Mörder und andere Menschenschlächter sind für ihn die Verbrecher, nein, es sind die fortschrittlichen und antifaschistischen Menschen, die gegen ein Wiedererstarken des Faschismus in Westdeutschland kämpfen. Für die einen, die Schlächter der Hitler-Diktatur, fordert er Straffreiheit, und wo er die anderen, Antifaschisten, Revolutionäre, Kommunisten, am liebsten sähe, das kann man sich ausmalen, wenn man seine Lobgesänge auf das KZ-Regime des Generals Pinochet hört.

Und dieser Mensch, der ja auch über einschlägige Erfahrungen als „Offizier für wehrgeistige Führung" in Hitlers Wehrmacht verfügt, besitzt auch noch die Dreistigkeit, seine Generalamnestie-Forderung in der Maske eines „Antifaschisten" vorzutragen.

CDU fordert: Noch mehr Steuerfreiheit für Unternehmer

Nach den jüngsten Steuerbeschlüssen der Regierung (der RM berichtete darüber) ist jetzt die CDU-CSU mit einem eigenen Steuerprogramm hervorgetreten, einem Programm, das — wie nicht anders zu erwarten — noch höhere Steuergeschenke für die Kapitalisten fordert.

Daß dabei die Unterschiede zwischen ihren Vorschlägen und denen der Regierung mehr hervorgehoben wurden als die weitgehende Übereinstimmung beider Parteien, hat weitgehend demagogischen Charakter. Doch zunehmend wird jedem klarer, daß nicht der Unterschied zwischen Regierung und Opposition das Entscheidende ist, sondern ihre Gemeinsamkeiten. Beide stehen auf Seiten des Kapitals, in dessen Auftrag sie ihre Politik gegen die Interessen der Werktätigen machen.

Das wird wieder einmal deutlich an den Forderungen der Union nach weiteren Steuererleichterungen für Unternehmen und Großverdiener. Denn unter dem Deckmantel der Vereinfachung des Steuersystems soll die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft werden, was besonders Unternehmen mit großen Gewinnen zugute kommt. Auch die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge in der Einkommenssteuer bringt der Masse der Werktätigen überhaupt nichts, denn davon profitieren vor allem höher verdienende Einkommensschichten.

Jeder sechste war noch nie im Urlaub

Laut Angaben des DGB-Organs „Welt der Arbeit" sind die Bürger der Deutschen Bundesrepublik „Weltmeister im Reisen" und lassen rund 21 Milliarden DM in die Kassen anderer Länder fließen. Trotz Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsflaute — so jubelte die Zeitung in ihrer letzten Ausgabe — sei die internationale Reiselust nicht zu bremsen. Dabei gehen rund 25 Millionen Westdeutsche auf Reisen. Wenn man aber diese Zahlen genauer unter die Lupe nimmt, sieht das Ganze schon etwas anders aus.

Denn selbst in Berichten der bürgerlichen Presse, die uns bisher immer wieder einzureden versuchte, der Kapitalismus sei für Werktätige ein wahres Reiseparadies, muß jetzt aufgrund einer Untersuchung eingestanden werden, daß im vergangenen Jahr fast jeder zweite Erwachsene nicht in den Urlaub reiste, daß 16% überhaupt keine Ferien gemacht haben und jeder sechste noch nie in seinem Leben verreist ist.



Viele, gerade von den Bauern, haben noch nie in ihrem Leben Urlaub machen können.

Wenn von der Presse dennoch immer wieder die steigenden Ausgaben westdeutscher Reisender hervorgehoben werden, so heißt das eben nicht, daß im gleichen Maß auch die Zahl der Urlauber wächst. Weite Teile der werktätigen Bevölkerung bleiben nach wie vor von der Teilnahme an erholsamen Reisen ausgeschlossen. Daß es sich dabei vorwiegend um Bauern, Hilfsarbeiter und Rentner handelt, kann niemanden mehr überraschen. Gerade bei den werktätigen Bauern, die gegen den drohenden Ruin ihrer Höfe kämpfen müssen, ist die Zahl derjenigen, die noch nie Urlaub machen konnten, sehr hoch. Dabei ist nicht nur für sie, sondern auch für die Arbeiter und kleinen Angestellten ein erholsamer Urlaub heute wichtiger denn je.

In vielen Betrieben werden Arbeiter und Angestellte entlassen, damit mit den wenigen verbleibenden noch mehr produziert wird. Rationalisierung und die damit verbundene steigende Arbeitshetze pressen immer mehr Profit aus ihrer Arbeitskraft. Die Antreibersysteme der Kapitalisten zwingen sie zu immer größerer Leistung.

Stumpfsinnige, nervenaufreibende Arbeit bringt immer höhere Belastung mit sich. Fehlende Sicherheitseinrichtungen bei erhöhtem Arbeitstempo lassen die Gefahr von Unfällen in die Höhe schnellen. Die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen macht heute einen ausreichenden Urlaub nötiger denn je. Deshalb fordert zum Beispiel auch die RGO in ihrem Aktionsprogramm eine Verlängerung der Urlaubszeit.

Aber das ist nur die eine Seite. Die Möglichkeit, Urlaub zu machen, nützt gar nichts, wenn man nicht das „nötige Kleingeld" hat. So trugen denn auch die Lohnraubabschlüsse der letzten Jahre dazu bei, daß viele Familien kein Geld für den Urlaub zurücklegen konnten, von der geringen Unterstützung vieler Arbeitsloser, die Urlaub von vornherein unmöglich macht, ganz zu schweigen.

Dabei sind gerade die Preissteigerungen während der Hauptreisezeit in den Urlaubsgebieten gewaltig und die schönsten Plätze, die herrlichsten Strände und reizvollsten Landschaften sind sowieso immer die teuersten.

Man sieht also, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Und wenn gerade der DGB in seinem Organ wider besseres Wissen den Werktätigen etwas von den „Weltmeistern im Reisen" vorschwärmt, jedoch verschweigt, daß jeder sechste überhaupt keinen Urlaub machen konnte, dann spricht das für sich. Diese Herren unternehmen eben alles, um das kapitalistische System herauszuputzen.

Kurz berichtet

Solidaritäts-Dampferfahrt

Aus Solidarität mit Michael Banos, dem ehemaligen RHD-Verantwortlichen, der am 1. September seine 6-monatige Haft antreten muß, veranstaltete die Rote Hilfe Deutschlands eine Dampferfahrt mit der „Santa Monika". Die Fahrt ging von Dortmund aus über die Kanäle bis nach Olpe. Dort war ein Informationsstand aufgebaut, wo über die Arbeit der RHD informiert wurde. Von dort aus konnten mehrere Unternehmungen gestartet werden, wie zum Beispiel Baden in einem Kanal oder in einer Schwimmhalle. Wer keine Lust zum Wandern hatte, konnte Tischtennis spielen. Für viele der 135 Teilnehmer, die ihren Alltag im Kohlenpott verbringen, war dieser Ausflug ins Grüne ein erholsames Abenteuer. Ausgesprochen zahlreich war die ältere Generation vertreten, und es wurden viele neue Kontakte geknüpft.

Nach dem Aufenthalt in Olpe ging die Fahrt mit dem Dampfer nach Dortmund zurück. Auf dem unteren Deck konnte getanzt werden, wovon ausgiebig Gebrauch gemacht wurde.

Michael Banos war natürlich unter den Teilnehmern und feierte somit Abschied von allen, die in seinem Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz mit ihm solidarisch gewesen sind.

Westberlin

In den Kreuzberger Kinderkrippen wurde ein Zahlungsboykott durchgeführt. Der Boykott richtete sich gegen die Stellenstreichungen. In einer Krippe wehrten sich die Eltern auch gegen die katastrophalen Zustände auf dem dazu gehörigen Spielplatz. Er besteht ganz aus Stein — auch die Klettergerüste. Diese sind so gefährlich für die Kinder, daß sie sogar eingezäunt werden mußten.

Die Eltern dieser Krippe organisierten ein Spielplatz-Fest, an dem 180 Kinder und Eltern teilnahmen. Die Steinwände wurden von Kindern und Eltern bemalt.

Unter dem Druck der Eltern, die einiges unternommen hatten, sah man sich genötigt, noch schnell zwei Spielhäuser und eine Buddelkiste einzurichten. Allerdings kosteten die beiden Häuser vom Bezirksamt 6.000 DM, während die Eltern eins für 200 DM errichteten. Auf Antrag der Eltern mußte dann die Bezirksverordnetenversammlung 500 DM für den Spielplatz geben. Auch wenn das noch viel zu wenig ist, war es insgesamt ein Erfolg für Kinder und Eltern. Durch diesen Kampf ist unter den Beteiligten das Gefühl gestärkt worden: Wir sind viele, und zusammen können wir viel erreichen.

Aus dem Inhalt

Bauarbeiter: 53% Stimmen gegen Tarifabschluß 4
Kürzung der Anwärter-Gehälter — ein Angriff auf alle Lehrer . 4
Opel: Ein Werksarzt, wie ihn die Bosse brauchen 5
Mitwirkungsschwindel soll die Schulmisere verdecken 6
Schulmisere in Dortmund 6
Steckbriefe von Funktionären der KPD/ML angefertigt 7
Antifaschistische Aktion in Heidelberg 7
Cranger Kirmes: Profitsucht fordert 23 Verletze 8
Katastropheneinsatzplan für Esenshamm 8
Bildreportage — Unsere Straße 9
Uno-Kongreß gegen Rassismus 10
Neue Massenkämpfe im Iran: Kriegsrecht über Isfahan 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

Führererlaß

Der „Führer" ist tot. Das ist eine weithin bekannte Tatsache. Wir leben nicht mehr im Nazi-Reich, sondern in der Bundesrepublik (bzw. Westberlin). Auch dies ein Umstand, über den im allgemeinen Übereinstimmung herrscht. Die Bundesrepublik legt Wert darauf, als juristischer Nachfolger des Nazi-Staates anerkannt zu werden. Diesen Wunsch schlägt man ihr nicht aus. Wenngleich mancher bisweilen irritiert sein mag, weil die gleiche Bundesrepublik so großen Wert darauf legt, eine Demokratie zu sein. Aber was ein echter, ein guter Deutscher ist, der läßt sich nicht von scheinbaren Gegensätzen beirren. Ein Beispiel geben uns da jene ehemaligen Holländer, die heute aber Deutsche sind, weil sie sich für unser deutsches Vaterland verdient gemacht haben. Gemeint sind jene Folterknechte und bluttriefenden Henker, die kürzlich von holländischen Journalisten in Nordrhein-Westfalen aufgespürt wurden. Sie wurden nach 1945 von holländischen Gerichten für ihre Untaten, die sie im Sold der deutschen Besatzungsmacht vollbrachten, verurteilt. Aber die Urteile konnten nicht vollstreckt werden, denn die Mordgesellen machten sich rechtzeitig aus dem Staube. Wohin? Natürlich heim ins Reich! Einer von ihnen, der vor kurzem aufgespürt wurden, ist ein gewisser Siert Bruins, 1949 in Holland in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Er hatte sich nach Breckerfeld in Nordrhein-Westfalen abgesetzt und lebte hier unter dem Namen Siegfried Bruns. Als jetzt die holländische Justiz seine Auslieferung beantragte, zeigte sich, daß Deutschland einen verdienten Sohn nicht so schnell aufgibt. So organisierte zum Beispiel der SPD-Mann und Angehörige der Gemeindeverwaltung von Breckerfeld Erwin Bühre sofort eine Solidaritätsbewegung mit Bruins. Und jetzt liegt auch ein Gerichtsurteil vor. Der 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm entschied: Bruins wird nicht ausgeliefert. Zur Begründung berief sich das Gericht auf einen „Führererlaß" vom Mai 1943. Darin verfügt Hitler: Ausländischen Helfern der SS wird die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen.

Ein Urlaub in Rumänien

(Volkskorrespondenz). In diesem Jahr haben wir eine Urlaubsreise nach Rumänien gebucht. Zwei Wochen — nicht gerade sehr lange, um Rumänien kennenzulernen, aber doch Zeit genug, um uns ein Bild von diesem sogenannten „Sozialismus" zu machen.

Der Schwarzmarkt blüht...

„Sie haben doch nicht etwa offiziell 1 zu 5 gewechselt? Bei mir bekommen Sie für 1 DM 8 rumänische Lei." Das war die Begrüßung unseres deutschen Reiseleiters, eine Stunde nach Ankunft in Rumänien. Kellner sprachen uns in den Restaurants an, Zimmermädchen im Hotel und Passanten auf offener Straße. Und der Kurs kletterte immer höher: 1 zu 8, 1 zu 10, ja sogar 1 zu 12 bot man uns.


Das Bild zeigt Einheiten der rumänischen Freiwilligen-Division „Tudor Vladimirescu" beim Einmarsch in Bukarest 1944. Diese Traditionen des antifaschistischen Befreiungskampfes, die die revisionistische Ceaucescu-Clique verraten hat, will sie heute verschweigen!

Wenn nun jemand glaubt, dieses Spiel vollziehe sich im Geheimen, der sei eines besseren belehrt. Wieso sollte man es auch verbergen, wo doch selbst Polizisten und Soldaten den Touristen derartige Angebote machen?

Eine Lewis muß man schon haben...

Warum sind Dollars und Deutsche Mark für rumänische Werktätige so wichtig? Was ihr Einkommen betrifft, so scheint es (soweit wir in Erfahrung bringen konnten), daß ein rumänischer Arbeiterhaushalt (soweit die Frau mitverdient) einigermaßen ein Auskommen ermöglicht. (Das gilt für das Küstengebiet. Wie es im Landesinnern aussieht, wissen wir nicht.) Wozu braucht man also dennoch unbedingt westliche Währung?

Zum ersten: Um sich von Ärzten und Beamten Dienstleistungen zu sichern, muß man im allgemeinen mit westlicher Ware schmieren. Zum Beispiel unsere Kellnerin benötigte eine Stange westlicher Zigaretten für den Arzt, weil ihr Kind jetzt ins Krankenhaus kommt.

Zum zweiten: Es gehört in Rumänien zum Prestige, sich mit bestimmten westlichen Gütern auszustatten, zum Beispiel mit echten Lewis, statt mit rumänischen Jeans, mit US-Hemden, Pop-Platten usw. Dafür kratzt so mancher Jugendliche seine schwerverdienten Lei's zusammen. Er kauft die Ware von eingefleischten Gaunern unter dem Tisch. Neben den in- und ausländischen Geschäftemachern profitiert dabei auch der rumänische Staat selbst, dem die Devisen letztlich zufließen. Außerdem, wie könnte er diesem Treiben Einhalt gebieten? Sehen die Rumänen doch jeden Tag, wie die Herrschenden, die Parteibonzen und höheren Staatsbeamten mit ihren hohen Gehältern ihnen den „american way of life" vorleben!

Pop und Beat aus allen Lautsprechern

Die herrschenden Bonzen haben auch deshalb die westliche Pop-Kultur importiert, um den Menschen vorzuspiegeln, Freiheit bestehe darin, sich irgendeine versumpfte LP anzuhören oder in verrückten Klamotten herumzulaufen. Man will die Werktätigen so von der Wirklichkeit, von der Wiederherstellung von Ausbeutung und Unterdrückung ablenken. Auf diese Weise hoffen die Bonzen, daß die Menschen nicht wieder den Kampf für den Sozialismus aufnehmen. Dann würde es nämlich sehr gefährlich werden für die Herren Schmarotzer und Volksbetrüger!

So dröhnt aus jedem Restaurant-Lautsprecher das dumpfe Getöne einer Pop-Gruppe. Und in den Shops kann man für eine Handvoll Dollars den neuesten westlichen Modeschrei erwerben.

An jeder Ecke eine Kirche

Bei all dem wundert es nicht mehr, daß in Rumänien die Kirchen weit offenstehen. Pfaffen und Popen können ungehindert ihr Opium verbreiten und leben dabei nicht schlecht. In Bukarest stand dann auch auf unserem Ausflugsprogramm die Besichtigung einer griechisch-orthodoxen Kirche. An einem Stand mit religiösem Kitsch verkauften die Nonnen den Touristen ihren Plunder, zwei Pfaffen standen guternährt mit seligem Gesicht daneben. Und zwischendurch segneten sie eine junge Rumänin, die demütig mit niedergeschlagenen Augen dem Popen die Hände küßte. Ein Bild der ganzen Unterdrückung des Volkes durch die Kirche.

Die nationale Kultur ist wohl unmodern

Als wir unseren Urlaub nach Rumänien buchten, da dachten wir, wir würden in Rumänien etwas über die Geschichte des Landes, den Befreiungskampf gegen die Faschisten und die nationale Kultur erfahren. Vielversprechend kündigte auch unser deutscher Reiseleiter bei der Begrüßung an, daß der rumänische Reiseleiter nun von seiner Heimat etwas erzählen wollte. Doch sein Vortrag belief sich darauf, wo es Nachtlokale gab, wo man am besten essen konnte und wo der deutsche Tourist Kabarettprogramme sehen kann.

Manches Mal dachten wir uns: Warum zeigen die rumänischen Behörden dem westlichen Touristen nichts von der Geschichte und Kultur des Landes? Aber was wir von den gesellschaftlichen Verhältnissen in Rumänien kennengelernt haben, macht die Antwort leicht: Sie haben nichts zu zeigen. Die heutigen Zustände in Rumänien sind alles andere als begeisternd. Und die geschichtlichen Leistungen des rumänischen Volkes, zum Beispiel der antifaschistische Freiheitskampf — ja, das stellen die neuen Ausbeuter und Unterdrücker lieber nicht so stark heraus. Haben die doch Angst vor dem Kampf des Volkes, davor, daß diese revolutionäre Tradition ihrer eigenen reaktionären Herrschaft gefährlich werden könnte.

„Ein schöner Sozialismus! — Auf den verzichte ich gerne..."

...denken sich viele Werktätige aus der Bundesrepublik, die in Rumänien ihren Urlaub verbringen. Und sie haben Recht! Wobei die Sache die ist, daß die Verhältnisse in Rumänien nichts mehr mit wirklichem Sozialismus zu tun haben. Wie anders es in einem wirklich sozialistischen Land aussieht, davon konnten wir uns mit eigenen Augen überzeugen, als wir einen früheren Urlaub in Albanien verbrachten. Von Devisenschwarzmarkt und ähnlichen Erscheinungen wie in Rumänien war dort nichts zu sehen. Auch nichts von in- und ausländischen Gaunern, die unter den Augen der Behörden ihre Geschäfte treiben können. Und das sind nur zwei von vielen Unterschieden, die einem sofort ins Auge stechen, wenn man einen Vergleich anstellt zwischen den Erfahrungen bei einem Urlaub in Albanien und in Rumänien.


Ende 1976 streikten die Bergarbeiter im Schiltal gegen die erdrückenden Lebensbedingungen und die Privilegien der neuen Ausbeuter. Unser Bild zeigt Ceaucescu, der sich persönlich unter die Bergarbeiter begibt, um sie mit leeren Versprechungen zu beschwichtigen. Kurze Zeit darauf ließ er dann 16.000 von ihnen deportieren!

Heute preisen die chinesischen Führer (und ihre Ableger in Westdeutschland) besonders laut den angeblichen Sozialismus in Rumänien. Da kann man nur sagen: Das zeigt, was für eine Art von „Kommunisten" Hua Guo Feng und Konsorten selbst sind. Das heutige Rumänien sozialistisch zu nennen — das ist eine Beleidigung für den wirklichen Sozialismus.

Volkskorrespondenten berichten aus der DDR

Eine Schicht versäumt — 600 Mark abgezogen

Heute möchte ich mal ein Beispiel berichten, aus welchem man sehen kann, wie bei uns mit den Arbeitern umgesprungen wird, wenn sie die Arbeitsdisziplin verletzen. Ein junger Bergarbeiter erzählte mir folgendes:

Er wohnt ca. 100 km von seinem Arbeitsplatz entfernt und kann nur an bestimmten Tagen nach Hause fahren. Als er wieder einmal zu Hause war, verpaßte er den Zug, so daß er eine Schicht versäumte. Prompt bekam er eine „F-Schicht", das heißt Fehlschicht, angeschrieben.

Dafür wurde der Kumpel bestraft durch:

1. Lohnausfall für diese Schicht,
2. Entzug des monatlichen Deputats von fünf Flaschen „Bergmanns-Schnaps" (auch „Kumpeltod" genannt),
3. Abzug von der Jahresendprämie in Höhe von 25 Prozent,
4. Abzug von der Bergmannsprämie, ebenfalls in Höhe von 25 Prozent.

Der Kumpel hat nachgerechnet. Für dieses Arbeitsversäumnis haben ihm unsere Kapitalisten sage und schreibe 600 Mark abgezogen!

Der gleiche Kumpel erzählte mir auch, daß jeder, der von der Arbeit erschöpft, einmal auf der Nachtschicht ausruht und dabei einschläft, sofort 10 Mark bezahlen muß. Dies sei eine „freiwillige Erziehungsmaßnahme" in seiner Brigade.

Spenden für Bonzen-Dadscha

Vor einiger Zeit erzählte mir ein Bekannter in der DDR ein typisches Beispiel für die korrupten Machenschaften der Parteibonzen und wie diese von der SED gedeckt werden.

Der Direktor seines Betriebes in Halle wurde versetzt, weil — so bekamen es die Betriebsangehörigen zu hören — er woanders dringender gebraucht wurde! Nur die SED-Funktionäre im Betrieb erfuhren die wahren Gründe, hatten aber die Auflage, sie zu verschweigen. Es sprach sich aber schnell herum.


Schlangestehen für die Werktätigen...


...komfortable Ferienhäuser für die SED-Kapitalisten

Im Betrieb waren größere Spenden* gesammelt worden, von denen sich der Direktor eine schöne Summe in die eigene Tasche gesteckt hatte und sich unter anderem damit seine neue Dadscha finanziert hatte. Der Buchhalter stellte fest, daß Gelder fehlten und erstattete Anzeige, um nicht in einen falschen Verdacht zu geraten.

In dieser Zeit feierte der Direktor mit seinesgleichen ein Fest, auf dem er groß angab, wie billig er zu seiner Dadscha gekommen sei. Ein Neider unter seinen Gästen erstattete ebenfalls Anzeige. Zusätzlich ging es bei dieser Fete so laut zu, daß sich Nachbarn in der nächtlichen Ruhe gestört fühlten und gegen den Direktor ebenfalls Anzeige erstatteten.

Bei drei Anzeigen konnte die SED die Vorwürfe nicht einfach vertuschen, und so wurde er schnell an einen anderen Ort versetzt, wo er nun auf dieselbe Weise mit seinen Betrügereien fortfahren kann.

Abgesehen davon, daß solche Praktiken überhaupt möglich sind, so zeigt sich wieder, daß nicht einmal bei einem solch offenen Diebstahl die Arbeiter in der DDR die Möglichkeit haben, solche Praktiken zu verurteilen, geschweige denn Maßnahmen gegen einen solchen Mann zu beschließen.

*Spenden für die Verschönerung des Hauses der sowjetischen Freundschaft

Vetternwirtschaft blüht

Ein Beispiel, wie sich die Bonzen im Betrieb die Gelder zuschanzen und deshalb jegliche demokratischen Bestrebungen unterdrücken.

Wie bei uns werden auch in den Betrieben der DDR Prämien für Verbesserungsvorschläge in Aussicht gestellt, wobei ebenfalls hier wie dort derartige Vorschläge zur Steigerung der Arbeitshetze benutzt werden. Da ja alles ganz „demokratisch" zugeht, gibt es einen „unabhängigen" Ausschuß, der eine Bewertung vornimmt und danach die Prämien vergibt.

Ein Bekannter von mir ist in einem solchen Ausschuß — zumindest bislang gewesen. Da er nur Gewerkschaftsmitglied ist und nicht einer Partei (geschweige denn der SED) angehört, ist er von vornherein schon verdächtig.

Dieser Bekannte wandte sich dagegen, daß die Bewertung nicht nach sachlichen und fachlichen Gesichtspunkten vorgenommen wird, sondern nur das Parteibuch zählt, daß die Vetternwirtschaft blüht und vorher schon beschlossene Sache ist, wer die Prämien zugeschanzt bekommt. Die Folge war, daß man ihm mit Disziplinarmaßnahmen drohte, mit einem schlechteren Arbeitsplatz und ihm in Aussicht stellte, ihn hinsichtlich seines beruflichen Fortkommens auf ein Abstellgleis zu stellen.

Zum Schein gab der Bekannte nach, weil er in der ungünstigeren Position war und in diesem Ausschuß alleine gegen die Bonzen stand. Aber die Tatsache, daß es zunächst bei den Drohungen blieb, zeigt andererseits die Angst der Bonzen, daß ihre hinterhältigen Praktiken gegen die Arbeiter ans Tageslicht kommen. Denn der Bekannte ist unter seinen Kollegen beliebt. Zu erwarten ist allerdings, daß sie alles daransetzen werden, ihn unter fadenscheinigen Vorwänden auszuschalten.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Brauindustrie NRW Tarifverhandlungen abgebrochen

Vor mehr als zwei Wochen hatte die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag für die nordrhein-westfälischen Brauereien und Mälzereien für gescheitert erklärt. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft gab die Genehmigung für die Urabstimmung. Als Termin wurde der 21. und 22. August angesetzt. Inzwischen hat allerdings der Unternehmerverband die Schlichtung eingeschaltet. Bei Redaktionsschluß stand noch nicht endgültig fest, ob es zur Urabstimmung kommt, oder ob die Gewerkschaftsbonzen sich auf eine Vereinbarung einlassen werden, die sogar noch hinter das zurückgeht, was von ihnen gefordert wird.

Worum geht es bei diesen Manteltarifverhandlungen in der Hauptsache? Es geht darum, den brutalen Angriff der Brau-Kapitalisten auf die Arbeitsplätze, ihren Rationalisierungsfeldzügen zu begegnen. Es geht darum, diesen Angriffen, soweit es möglich ist, einen Riegel vorzuschieben. Konkreter: Es geht vor allem um die Durchsetzung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, sowie um die Verhinderung der drohenden Einführung des Dreischichtenbetriebs. Die Bonzen der Gewerkschaft NGG haben allerdings schon mit den Forderungen, die sie aufgestellt haben, diese Kampfziele sabotiert und verraten. Wie sehen ihre Forderungen aus? Die Arbeitszeit soll nicht etwa für alle Arbeiter verkürzt werden, sondern lediglich für die älteren Kollegen und auch bei ihnen nur unter der Voraussetzung, daß sie eine Betriebszugehörigkeit von mindestens zehn Jahren aufzuweisen haben.

Und überdies sollen auch noch die Arbeiter dabei für den Lohnausgleich aufkommen! Im einzelnen sieht die Forderung der NGG-Bonzen so aus: Für Kollegen ab 55 Jahre soll die Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche gekürzt werden; für Kollegen ab 60 Jahre auf 32 Stunden. Voraussetzung soll dabei eine Betriebszugehörigkeit von mindestens zehn Jahren sein. Der Lohnausgleich soll aus einer gemeinsamen Lohnausgleichskasse" finanziert werden, die zu einem Teil durch Abzüge von den Lohnerhöhungen der Beschäftigten der Brauindustrie, zum anderen durch Beiträge der Unternehmer gespeist werden soll. Diese Forderungen (von der bürgerlichen Presse lauthals als „Pionierweg bei der sozialen Bewältigung der Rationalisierung" bejubelt) sind in Wahrheit gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet. Sie fördern die verstärkte Entlassung älterer Arbeiter, die nicht mehr Höchstleistungen schaffen können. Und sie begünstigen direkt die erbarmungslose Steigerung der Arbeitshetze.

Zudem sollen die Belegschaften auch noch mit Lohnverzicht diesen Rationalisierungsterror der Unternehmer finanzieren. Mit der richtigen Forderung nach Durchsetzung der 35-Stundenwoche für alle bei vollem Lohnausgleich und mit dem notwendigen Kampf gegen den Rationalisierungsterror und gegen die verschärfte Ausbeutung hat dies absolut nichts zu tun. Wenn die Brauerei-Kapitalisten jetzt dennoch gegenüber den NGG-Bonzen auf „harte Welle" geschaltet haben, so deshalb, weil es ihnen darauf ankommt, ihre Stärke und „Kompromißlosigkeit" zu demonstrieren, um künftig den Widerstand der Arbeiter gegen Rationalisierung und Entlassungen brechen zu können. Im Frühjahr wurde übrigens für die Zigarettenindustrie bereits ein Tarifvertrag abgeschlossen, der ähnliche Vereinbarungen enthält, wie sie von den NGG-Bonzen jetzt für die Brauindustrie gefordert werden.

Verbesserungsvorschläge

Die Zeitschrift „Blick durch die Wirtschaft" vom 28. April dieses Jahres weiß folgendes zu berichten: 5.349 Beschäftigte der IBM in der Bundesrepublik und Westberlin haben im Jahr 1977 insgesamt 12.682 Verbesserungsvorschläge eingereicht. Nach eigenen Angaben des Konzerns liegt die dadurch ermöglichte „Kosteneinsparung" bei etwa 350 Prozent der Prämien, die für die Verbesserungsvorschläge ausbezahlt wurden.

Frauenfeindlich

Der „Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg" (VMI) führte nach Abschluß der diesjährigen Betriebsratswahlen eine Umfrage durch, aus der sich unter anderem folgendes ergibt: Der Anteil der Frauen unter den Betriebsräten in der baden-württembergischen Metallindustrie beträgt nur 10 Prozent, obwohl 23 Prozent der Metall-Beschäftigten weiblich sind. Noch krasser ist die Benachteiligung der ausländischen Kollegen: ihr Anteil unter den Beschäftigten in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbadens beträgt rund 18 Prozent, aber in den Betriebsräten sind sie nur zu 4 Prozent vertreten. Die Verantwortung für diese Benachteiligung trägt der IGM-Apparat, der durch seine ausländer- und frauenfeindliche Politik dafür sorgte, daß nur sehr wenige Ausländer und Frauen überhaupt auf den IGM-Listen bzw. Einheitslisten als Kandidaten aufgestellt wurden. Gegen diese reaktionäre Politik führt die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) den Kampf. Auf vielen Listen, die sie aufstellte oder unterstützte, kandidierten auch ausländische Kollegen, obgleich die Zahl der Kandidaten auf diesen Listen in der Regel klein war (meist zwischen 2 und 5 Kandidaten). Auch für die Kandidatur von Frauen in Betrieben, in denen auch Frauen beschäftigt sind, führte die RGO einen Kampf. Bestes Beispiel dafür ist die Betriebsratswahl bei Siemens in Witten, einem Betrieb, in dem überwiegend Frauen beschäftigt sind. Hier stellte die RGO eine eigene Liste auf. Alle vier Kandidaten waren Arbeiterinnen. Sie wurden auch alle vier in den Betriebsrat gewählt.

Arbeitslosenheer wächst ständig

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf ist die Zahl der Arbeitslosen in Westeuropa im vergangenen Jahr um 14 Prozent auf 7,5 Millionen gestiegen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die bürgerlichen Statistiken einen Teil der Arbeitslosigkeit vertuschen, so daß das Arbeitslosenheer in Westeuropa in Wirklichkeit noch erheblich größer ist.

Wachsende Armut

Nach einer Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung in Westberlin verfügen rund 12 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik und Westberlin über ein durchschnittliches Nettoeinkommen von nur 770 DM im Monat. Ein Großteil der in solchem Elend lebenden Menschen sind Rentner. Bei 36 Prozent der Haushalte liegt das Einkommen nach den Angaben des Instituts zwischen 1.000 und 2.000 Mark, also ebenfalls noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Als durchschnittliches Nettoeinkommen bei Arbeiterhaushalten gibt das Institut 2.500 DM an. Man muß dabei bedenken, daß in vielen Arbeiterfamilien ja auch die Frauen berufstätig sind. Aus den Angaben dieses bürgerlichen Instituts ergibt sich ferner, daß die Kluft zwischen dem Einkommen der sogenannten „Arbeitnehmer" (Arbeiter und Angestellte) und den „Selbständigen" sich auch im vergangenen Jahr weiter verschärft hat.

Bauarbeiter: 53% stimmen gegen Tarifabschluß

Ohrfeige für die IG-Bau-Bonzen

„Gerecht und vertretbar" — so nannten die Führer der IG Bau, Steine, Erden in Westberlin den Tarifabschluß, den sie am Donnerstag vorletzter Woche ausmauschelten, nachdem 10.000 und mehr Bauarbeiter bereits mehr als anderthalb Wochen entschlossen im Streikkampf gestanden hatten. Aber die Urabstimmung, die am vergangenen Mittwoch stattfand, zeigt, daß die meisten Arbeiter da völlig anderer Meinung sind. 53 Prozent der Abstimmungsteilnehmer sprachen sich gegen die Annahme des Abschlusses aus.

Dieser Abschluß war auch tatsächlich ein übler Verrat, brachte er doch nur ein paar Groschen mehr als das, was die Unternehmer ursprünglich anboten und worauf die Bauarbeiter ihnen durch ihren Streik die gebührende Antwort gaben (wir berichteten in der letzten Nummer des „Roten Morgen" genauer darüber). Die IG-Bau-Bonzen hatten wohl insgeheim gehofft, nach diesem Abschluß würde die Streikfront zerfallen, noch bevor die Urabstimmung über die Bühne ging. Ihre schmutzige Kalkulation: Nach Zusammenbruch des Streiks sollten die Repressalien und der Druck der Unternehmer das ihrige tun, damit das Ergebnis der Urabstimmung in ihrem Sinne ausfiele. (Man muß bedenken, daß die Bedingungen in dieser Hinsicht für die Bauarbeiter außergewöhnlich schwierig sind wegen der Zersplitterung der Arbeiter durch die vielen Kleinbetriebe und kleinen Baustellen.)



Zwei Wochen lang streikten rund 10.000 Bauarbeiter in Westberlin. Sie forderten angemessene Vergütungen für Fahrkosten und Wegezeit.

Aber die Rechnung der Bonzen ging nicht auf. Die Streikfront stand fest — auch nach dem Schandabschluß und bis zur Urabstimmung. Sogar die Vertreter des Bauunternehmer-Verbandes mußten zugeben, daß von einem Abbröckeln des Streiks keine Rede sein konnte. Und das Ergebnis der Urabstimmung ist eine schallende Ohrfeige für den verräterischen Gewerkschaftsapparat. Freilich, an dem Abschluß kann das Urabstimmungsergebnis nichts mehr ändern. In der Satzung der IG Bau sorgt die undemokratische 75-Prozent-Klausel dafür, daß die Gewerkschaftsführung den erklärten Willen der Basis mit Füßen treten kann. Bereits 25 Prozent Ja-Stimmen reichen aus, um einen Tarifabschluß als „angenommen" zu deklarieren. Nur noch ein „wildes" Weiterstreiken könnte den Abschluß vom Tisch fegen. Aber solches ist bekanntlich leichter gesagt als getan. . .

Nichtsdestoweniger demonstriert der Kampf der Westberliner Bauarbeiter (der erste große Streik in diesem Bereich seit 22 Jahren) das wachsende Klassenbewußtsein der Kollegen und ihre erstarkende Kampfkraft. Die Westberliner Bauarbeiter haben sich damit in die Reihe der Kollegen aus verschiedenen anderen Industriezweigen und Branchen gestellt, die mit ihren Streiks und Demonstrationen das Jahr 1978 zu einem Jahr des Aufschwungs, zu einem Jahr wachsender Kampfkraft der westdeutschen und westberliner Arbeiterklasse gemacht haben.

Den Anfang machten die Kollegen in der Druck- und Verlagsindustrie; dann kamen die Stahlarbeiter mit ihren Warnstreiks, dann die Hafenarbeiter an der Wasserkante, dann die schwäbischen Metaller, die mehrere Wochen streikten; ihnen folgten die VW-Arbeiter (vor allem im Wolfsburger Werk), die auch ohne gewerkschaftliche Unterstützung machtvoll streikten. Auch kam es zu Streikaktionen in solchen Branchen, in denen bislang seit Bestehen der Bundesrepublik bei Tarifrunden noch nicht gestreikt worden war: so im Einzelhandel, bei den Buchhändlern und in der Porzellanindustrie. Und auch die betrieblichen Einzelkämpfe gegen Rationalisierungsterror und Angriffe auf die Arbeitsplätze nahmen zahlenmäßig stark zu in diesem Jahr.

Verschiedentlich kam es zu offenen Konfrontationen zwischen der Masse der Gewerkschaftsmitglieder und dem DGB-Apparat. So, als die Hafenarbeiter in der Urabstimmung den verräterischen Tarifabschluß zurückwiesen und einen höheren Abschluß erzwangen. Die Druckereiarbeiter fegten ebenfalls einen bereits perfekten Tarifvertrag durch Warnstreiks und Protestaktionen wieder vom Tisch. Die Stuttgarter Metaller organisierten Protestaktionen gegen den Verrat von Steinkühler und Konsorten. Und der „wilde" Streik in Wolfsburg war zugleich auch ein Schlag gegen den IGM-Apparat.

All dies zeigt die Tendenz, daß die Arbeiter und kleinen Angestellten sich zunehmend der Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes bewußt werden. Mit Sicherheit wird in den kommenden Monaten und Jahren die Front der Arbeitereinheit gegen Kapitalisten und DGB-Apparat mächtig an Breite, Kraft und Organisiertheit gewinnen.

Kürzung der Anwärter-Gehälter

Ein Angriff auf alle Lehrer

Am 7.7.78 stimmte der Bundesrat der Bundesregierung zu, die Entlohnung für künftige Berufsanfänger im öffentlichen Dienst um 5 bis 16 Prozent zu kürzen! Wahrscheinlich am 15.9.78 wird der Bundestag sich mit der Gesetzesvorlage befassen.

Und die Begründung für diesen unverschämten Gehaltsraub? „Ohne Erhöhung des finanziellen Aufwandes" solle die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht werden. Also wird die Bundesregierung von der Sorge um die Arbeitslosen getrieben? Nein, hier wird bewußt gelogen! Bereits 1977 wurde die Praktikantenvergütung mit demselben Argument gekürzt. Mehr Ausbildungsplätze sind aber bis heute nicht geschaffen worden. Das Ziel dieser Kürzung ist einfach: Der Staat will etwa 230 Mill. DM einsparen.

Diese Kürzung des Berufsanfänger-Gehaltes ist eine klare Vorbereitung für spätere Gehaltskürzungen bei allen Lehrern. Schon seit Jahren versuchen die Innen- und Finanzminister die Lehrerbesoldung zu beschneiden. Bereits 1973 wurde von einem „Arbeitskreis der Länder" vorgeschlagen zur „Vereinheitlichung" der Lehrergehälter, an alle das niedrigste Gehalt auszuzahlen, das in einem Bundesland gezahlt würde. 1975 wurde überlegt, Grund- und Hauptschullehrer von A 12 auf A 11 herabzustufen (vergleichbar einer Herabstufung von Lohngruppen). Und diese Überlegungen sind keineswegs vom Tisch. Die bereits beschlossenen Kürzungen bei Ortszuschlägen zeigen, in welche Richtung der Wind weht. Schon im letzten Jahr wurde ein massiver Angriff auf die Bezüge der Lehramtsanwärter und Referendare gestartet. Doch aufgrund breiter Empörung und zahlreicher Aktionen der Betroffenen mußte der Bundestag am 16. Juni 1977 zunächst zurückstecken. Dies ist nun der zweite Anlauf. Der Staat geht dabei gerade gegen die Berufs-Anfänger vor, weil er hofft, daß sie als „das schwächste Glied" in der Gewerkschaft am wenigsten die Gehaltskürzungen verhindern können.

Was tun nun ÖTV und GEW? Haben sie die Kollegen rechtzeitig informiert? Mobilisieren sie jetzt, um die Kürzungen zu verhindern? Rufen sie zu Demonstrationen auf? Bereiten sie einen Streik vor? Nichts von alledem!

Die geplanten Kürzungen waren schon vor einem Jahr im Gespräch; die GEW-Führung beruhigte und wiegelte ab: „Es ist noch lange nicht so weit!" Erst jetzt, als also der Gesetzentwurf der Bundesregierung vorlag, begann sich die Führung zu regen und gab bundesweit ein Faltblatt heraus. Der Antrag der „Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher" (AjLE) Schleswig-Holstein auf eine landesweite Demonstration wurde abgeschmettert mit der fadenscheinigen Begründung, die Beteiligung wäre zu gering. Ebenfalls wurde der Antrag auf Urabstimmung in Schleswig-Holstein überall, wo er auftauchte, von den Funktionären abgelehnt. Begründung: „Wir dürfen nicht streiken", oder „wir haben kein Geld, um auch nur zwei Tage durchzuhalten".

Da fragt man sich dann: Wo bleibt ein Beschluß auf Bundesebene zum Streikrecht der Lehrer? Wo sind die Beitragsgelder geblieben? Warum wollen die Funktionäre einen Kampffond schaffen, der nur die „Angestellten befähigen soll, sich solidarisch zu zeigen"?

Man sieht ganz klar, daß auch in der GEW die Bonzen abwiegeln und boykottieren, um weiterhin die Kontrolle über die Mitglieder zu behalten. Deshalb wird es auch in der GEW immer notwendiger, RGO-Gruppen aufzubauen.

Weg mit den Gehaltskürzungen für Lehramts-Anwärter!

Besuch bei Opel-Rüsselsheim

Ein Werksarzt, wie ihn die Bosse brauchen

„Meine Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich bei uns begrüßen und Ihnen ganz kurz etwas zur medizinischen Versorgung in unserem Werk erzählen: Wir haben drei Sanitätsstationen, die alle gleich ausgerüstet sind, materiell, technologisch und menschlich. Täglich haben wir ca. 300 Durchgänge (bei 40.000 Beschäftigten, davon 10.000 Ausländer). Die Daten jedes einzelnen sind per EDV auf Kärtchen gespeichert und unterliegen selbstverständlich dem Datenschutzgesetz. Sie werden auf keinen Fall von der Betriebsleitung eingesehen." — So wurden wir 40 Medizinstudenten aus Frankfurt in Begleitung von 8 Arbeitsmedizinern vom Werksarzt bei Opel Rüsselsheim empfangen.

Im Bus hatten wir Studenten besprochen, wenn es irgend möglich sei, die Arbeiter selbst zu befragen. Das war allerdings leichter gesagt als getan. Denn wir wurden in großem Tempo durch die Hallen gescheucht; bei jeder kleineren Gruppe, die sich um Arbeiter bildete, tauchte sofort der „gute Geist" der Werksleitung oder der Werksarzt auf, um uns zur Eile zu mahnen. Nicht, daß sie etwa gegen Gespräche seien oder gar den Aufpasser spielen wollten — aber die Zeit sei ja leider soo kurz.

Am negativsten fiel uns der Lärm auf. Er war nicht nur in der Presserei und in der Schmiede ohrenbetäubend. Bis auf die Textil- und Polsterabteilung konnten wir uns überall nur brüllend verständigen. In der Schmiede beträgt der Lärmpegel laut Werksarzt 95 dB. Ab 60 dB ist mit einer allgemeinen Beeinträchtigung bzw. Schädigung des Magen-Darm-Trakts, allgemein des vegetativen Systems zu rechnen. Was dagegen geschieht? Überall im Werk hängen poppige Parolen zum Tragen von Schutzbrillen und Ohrstöpseln. Denn zu mehr, als diese Dinger zur Verfügung zu stellen, ist Opel nicht verpflichtet.

Ein hoher Prozentsatz der Arbeiter trug aber weder Brille noch Ohrstöpsel. Warum nicht? Ein Arbeiter antwortete, davon bekäme er nur Ohren- und Kopfschmerzen. Dann lieber ohne. Der Werksarzt später auf unsere Frage, ob es nicht möglich sei, mit technischen Mitteln den Lärmspiegel zu senken: „Unmöglich. Wir haben die neuesten technischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Ein Verbesserung ist unmöglich." Und: „Die Lärmbelastung ist eine Frage der subjektiven Gewöhnung. Wer ihn nicht verträgt, dem empfehlen wir, doch in die Landwirtschaft zu gehen."

Überall fiel uns die große Arbeitshetze auf, und mit immer größer werdenden Augen betrachteten wir die uns so fremd und fast unheimlich anmutenden Arbeitsbedingungen. „Da sieht man endlich mal, wie die Realität aussieht", meinte einer von uns. Zwischen den langen Maschinenreihen gab es alle paar hundert Meter einen Tisch mit Bänken, an dem verschiedentlich Menschen saßen — rauchten, lasen, tranken. „Sie machen hier wohl Pause", fragte ich vier, die zusammensaßen. Sie nickten. „Wie lange denn?" — „Zehn Minuten." — „Na, da haben Sie ja einen schönen Pausenraum, was?" Die vier lachten. Mich aber klärte gleich einer der acht Arbeitsmediziner auf: „Hier bei Opel gibt es aber auch richtige Aufenthaltsräume." — „Das bezweifle ich nicht. Aber da muß man wohl seine Pause mit Laufen verbringen, um hin- und zurückzukommen." — „Ja, ja, Sie haben Recht", beeilte sich der Arbeitsmediziner zu versichern, „das ist zweifellos ein Fehler der Werksleitung."

Der Werksarzt Dr. K

Ein Arbeiter einer Halle meinte über den Werksarzt: „Ach, dieser Hansel. Der kümmert sich doch nicht um uns Arbeiter. Vor zwei Jahren hat Opel eine Verbrennungsanlage gebaut. Der Schornstein ist aber zu niedrig. Jedesmal, wenn der Wind auf unsere Halle steht, kommt der ganze Dreck hier rein. Da sind schon Leute deswegen umgekippt. Aber dieser Hansel hat alles abgetan und gemeint, der Dreck wäre nicht schädlich."

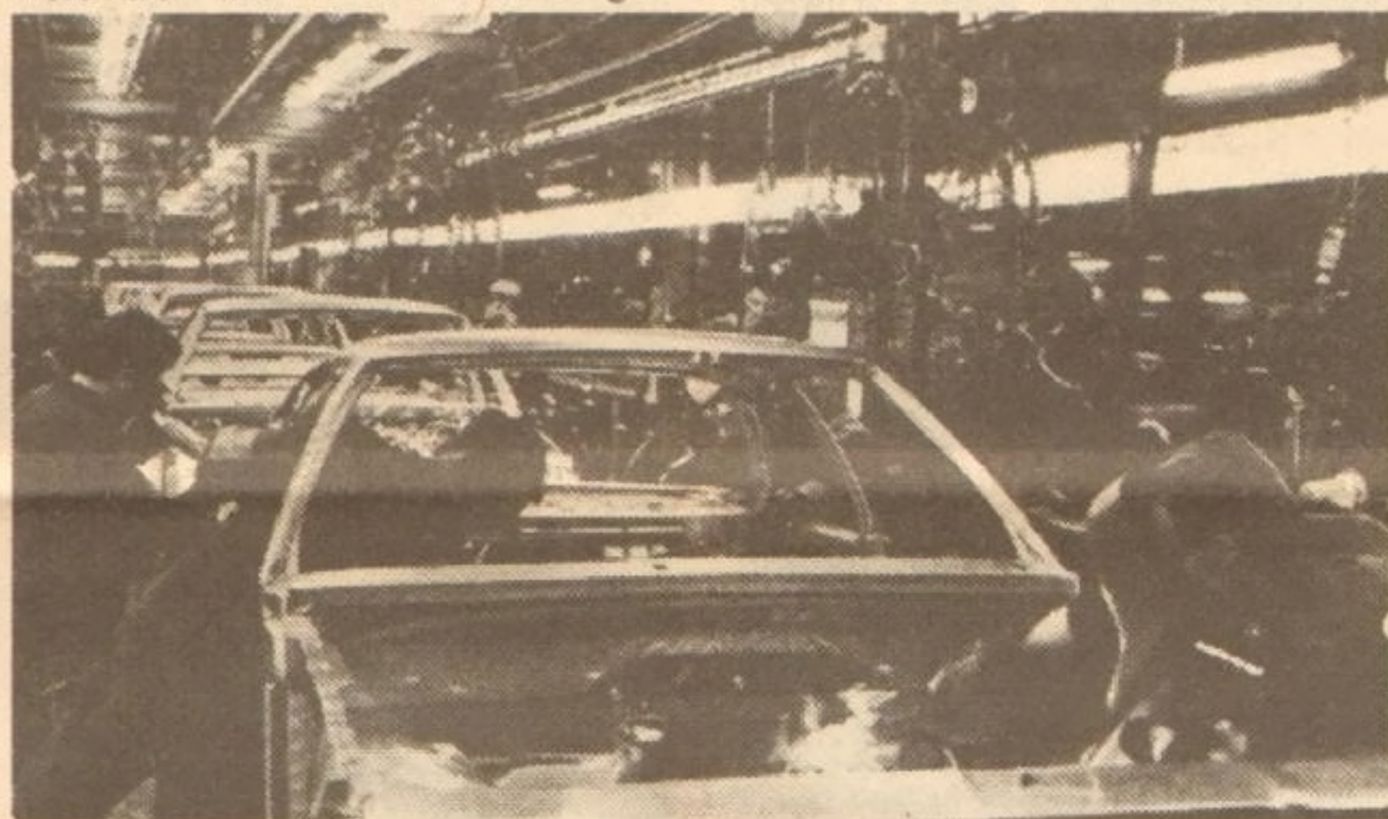
Dieser Werksarzt Dr. K. ist ein Arzt alter Schule — im Denken wie im Handeln. Wenn er von seiner Arbeit redet, sagt er meistens „wir", was nicht etwa heißt „ich und das andere medizinische Personal", sondern „ich und die Betriebsleitung". In dem Betrieb von Opel arbeitet er seit 1945. Er wurde dazu persönlich gebeten, sein großes Können dem Werk zur Verfügung zu stellen. (Wo er das wohl vorher erprobt bzw. an wem er das vorher ausprobieren durfte?)

Inzwischen ist Dr. K. auch im Vorstand der deutschen Werksärzte sowie Werksarzt vom KKW Biblis. Er genießt auch das Vertrauen der Farbwerke Höchst, für die er Gutachten zu Invaliditätsanträgen der dort Beschäftigten anfertigt. Sollte etwa auch der Werksarzt von Höchst die Anträge von ... ??? Richtig!

An die Besichtigung schloß sich ein Abendessen an. Dabei fand der Herr Werksarzt auch gleich den richtigen jovialen Ton, als er mit einem Augenzwinkern meinte: „Wir haben zweimal im Jahr einen Krankengipfel. Einmal bei der Frühjahrsbestellung und dann wieder bei der Herbsternte." Viele von uns waren über diese Dreistigkeit empört. Denn selbst wenn es so wäre, daß es zu diesen Jahreszeiten einen „Krankengipfel" gibt — schließlich gibt es doch tatsächlich für diese Jahreszeiten typische Krankheiten wie Grippe usw. Doch trotz Widerspruch blieb Dr. K. bei seiner Behauptung. Es ging ihm ja auch vor allem darum zu zeigen, was er überhaupt von den Arbeitern hält: nämlich nichts.

Unter anderem erklärte er uns: „So Leute wie die Schmiede sind kräftige Kerle, Bullen. Die schaffen was runter und sind nicht umzuwerfen. Aber die Mechaniker und andere, diese Mesenchymschwächlinge (Mesenchym heißt Muskelgewebe) sind eben nichts gewöhnt und fallen wegen nichts und wieder nichts aus." Und wie steht er zu den Problemen der Ausländer? Er war „von Anfang an dagegen, daß wir (!) Ausländer einstellen. Laß sie doch zu Hause, habe ich immer gesagt. Die Türken sind ja gute Arbeiter, aber die Italiener und Griechen taugen nichts. Die sind nichts gewöhnt." Wie verständigt er sich mit den Ausländern? Ist das schwierig? — „Gar nicht. Ich rede nur deutsch. Wenn wir Deutschen irgendwo ins Ausland kommen, spricht ja auch keiner mit uns deutsch. Wenn sie schon hierherkommen, sollen sie gefälligst auch deutsch lernen." Gibt es denn keine Dolmetscher? — „Doch schon. Aber die können mir die Krankheit doch nicht erklären. Das kann derjenige nur persönlich machen." Wieviel Arbeitsunfälle gibt es bei Opel täglich? — „Minimal. Mit Ford Köln liegen wir an der Spitze. Das Maß dafür ist der Arbeitsausfall in Stunden pro 1.000 Stunden. Bei uns beträgt er 40 Stunden pro 1.000 Stunden. Aber was verstehen Sie eigentlich unter Unfall? Man kann ja auch nicht einen Apfel mit einer Birne vergleichen. Bei uns wird auch die kleinste Schnittwunde als Arbeitsunfall gewertet." (Das Archiv der Krankenstation wies für das Jahr 1973 bei flüchtiger Durchsicht vor allem Quetschwunden von Fingern, Armen usw. auf.)

Später will Dr. K. uns zeigen, daß er sich sehr wohl für die Belange der Arbeiter einsetzt: Vor einiger Zeit besuchte ihn ein Professor mit seiner Doktorantin. Dieser Professor wollte eine Messung des Unterhautgewebes durchführen, um daraus Rückschlüsse auf Stoffwechselerkrankungen ziehen zu können. Da er ein gesundes „Patientengut" brauchte, fragte er Dr. K., ob dieser ihm seine Arbeiter zur Verfügung stellen könne. Voll Empörung berichtet nun Dr. K., daß der Betriebsrat diese Untersuchung abgelehnt habe mit der Begründung, dies sei ein unstatthafter Eingriff in die Persönlichkeit des Menschen. Hier mußte Dr. K. zunächst unterbrechen, denn von den Studenten kamen Zwischenrufe wie: „Das finde ich auch. Richtig!" — „Sie sollten lieber die Arbeiter auf Schäden untersuchen, die sie in der Produktion erleiden!" — „Mit solchen Untersuchungen fängt es an. Und dann kommen andere, die vielleicht nicht mehr so harmlos sind." Völlig ungerührt von unserem Proteststurm fuhr Dr. K. dann aber triumphierend fort: „Ich habe die Untersuchungen dann aber trotzdem durchgeführt. Der Betriebsrat kann mir gar nichts verbieten, denn von dem werde ich nur mitbestimmt."


Opel-Werksarzt: „Die Lärmbelästigung ist eine Frage der subjektiven Gewöhnung. Wer ihn nicht verträgt, dem empfehlen wir, doch in die Landwirtschaft zu gehen."

Maßgeblich für alle Befugnisse und Möglichkeiten, die der Werksarzt hat, ist letztendlich nur die Werksleitung. Zwar hat umgekehrt der Werksarzt auch die Möglichkeit, bei schlechten oder kritikwürdigen Arbeitsbedingungen das Gewerbeaufsichtsamt zu informieren, aber Dr. K. hat davon noch nie Gebrauch gemacht. Wieso nicht? Als Antwort darauf erzählt uns Dr. K. etwas von Millionenausgaben, die Opel auf sein Anraten für die Gesundheit der Arbeiter ausgegeben habe und daß er es bei einer so kulanten Werksleitung, die ihm ungeheure finanzielle Mittel bereitstelle, gar nicht nötig habe, sich an das Gewerbeaufsichtsamt zu wenden!

Als Besichtigung und Abendessen beendet waren, war die Ansicht der meisten zumindest über diesen Werksarzt: Der vertritt die Interessen seiner Brötchengeber. Für die Arbeiter fällt dabei höchstens einmal ein Renomierbrösel ab.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Beiträge 1977

Die Bonzen scheffelten Geld

27.424.550 Mark. Diesen stolzen Betrag trugen wir im vergangenen Jahr zusammen, um kampfbereit dem Rationalisierungsterror der Verlags- und Druckhausbosse gegenüberzustehen. Ein riesiges Vermögen — doch die IG DruPa stöhnte trotz dieser hohen Beitragssumme: „Die Kassen sind leer! Zahlt Sonderbeiträge! Solidarität"



Viele von uns haben sich immer wieder gefragt: „Wo sind die Hunderte von Mark, die ich im vergangenen Jahr abgeführt habe, eigentlich geblieben? Sonderbeitrag zahlen, daß ich nicht lache, die kriegen schon genug Geld von mir. Das müßte eigentliche dicke reichen!"

Müßte es eigentlich auch, doch die IG-DruPa-Bonzen haben einen eigenen aufwendigen Verwendungszweck dafür: Sie zahlen sich selber hohe Gehälter und prassen mit unseren Beiträgen in den vornehmsten Hotels. Sie fahren mit Mercedes und anderen Luxuswagen als Dienstdroschken durch die Lande und sind überdies bemüht, durch Geldgeschenke die Funktionäre unterer Ebenen gefügig zu machen.

Daß dieses Tatsachen sind, das beweisen uns die DruPa-Bonzen selbst: Die veröffentlichte Aufrechnung der Verwendung unserer Beiträge entlarvt sie selbst! 36,30 Prozent oder fast 10 Millionen Mark, weit über ein Drittel unserer Beiträge, verschwanden in den Taschen der Angehörigen des DruPa-Apparates!

Und wenn man sich den Lebensstil der Herren Mahlein und Co. ansieht, dann weiß man, daß für die kleinen Angestellten nur Restbeträge übrigbleiben. Den Löwenanteil streichen die Bonzen der Gewerkschaftsführung selber ein.

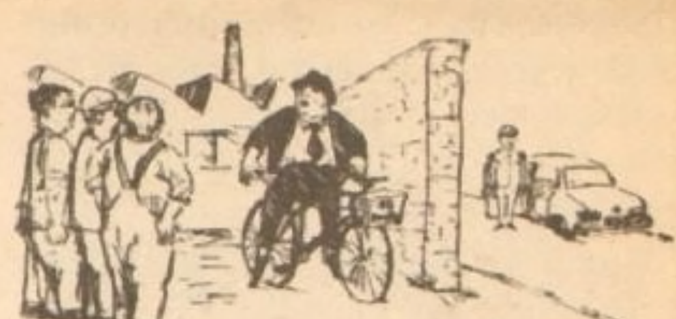
Doch damit nicht genug: Über 700.000 Mark für die Verwaltungsaufwendungen und über vier Millionen Mark für die Gewerkschaftsarbeit auf Landes- und Ortsebene, ebenfalls Verwaltungsgelder, verbraucht der IG-DruPa-Apparat. Zu gut deutsch: Über 50 Prozent oder 14.875.325 Mark verschleudert die IG DruPa für Gehälter und Verwaltungskosten.

Für die praktische Gewerkschaftsarbeit bleiben ganze 11,52 Prozent oder 3.159.328 Mark übrig. Zur praktischen Gewerkschaftsarbeit zählt aber auch das Abhalten des Gewerkschaftstages. Der wiederum verschlang alleine 700.000 Mark. Da nimmt es nicht wunder, daß im vergangenen Jahr nicht einmal fünf Prozent unserer Beiträge für die praktische Gewerkschaftsarbeit verwendet wurden.

„Die Richtung stimmt", meint die Zeitung der IG DruPa „druck und papier" in ihrer Ausgabe 15/78. Sicherlich stimmt die Richtung für die Bonzen. Sie werden auf unsere Kosten immer fetter. Wir hingegen müssen immer tiefer in die Tasche greifen und bekommen Jahr für Jahr weniger heraus. So setzten die Sparbeschlüsse des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages nur ein Signal. Die DruPa-Bonzen wollen uns noch weit mehr Geld aus der Tasche ziehen. So heißt es zu den gestiegenen Personalkosten in oben zitierter Ausgabe von „druck und papier":

„Diese sind im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen in den letzten Jahren um mehrere Prozentpunkte gestiegen. Einmal liegt das daran, daß eine prozentual gleiche Erhöhung der Tarifeinkommen und Beitragseinnahmen in der Vergangenheit nie erreicht wurden. Wobei Urlaubsgeld, tarifliche Sonderleistung und andere Einkommensteile von jeher beitragsfrei waren, diese Leistungen aber auch an die Beschäftigten der Organisation zu zahlen sind."

Einmal im Klartext: Da es nicht in Frage kommen kann, den Bonzen die Gehälter zu kürzen, müssen wir anstreben, die Beitragssätze linear zur Erhöhung der Tarifeinkommen anzuheben und die bislang freien Beträge wie Sonderleistungen und Urlaubsgeld auch mit einzubeziehen!


„Ihr seht doch: Kein Geld da!"

Die IG DruPa wird in naher Zukunft versuchen, uns noch mehr Geld aus den Taschen zu holen, damit wir den Bonzen noch besser ihr Leben und Treiben finanzieren können. Machen wir ihnen einen Strich durch ihre Rechnung!

Strafantrag gegen Bürgerinitiativen

Auf einen Hinweis des Gewerbeaußendienstes des BA Wedding ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen drei Weddinger Bürgerinitiativen, da diese in ihren Räumen kostenlose Rechtsberatung für jedermann durch zugelassene Rechtsanwälte anbieten.



12.000 DM Strafandrohung ...

Dem „Informationszentrum Wedding e. V.", dem „Arbeiterkinderladen Prinz-Eugen-Str. Weddinger Bürgerinitiative e. V." und dem „Verein zur politischen Bildung e. V." soll bei einer Strafandrohung von 12.000 DM verboten werden, uns zu beraten. Sie halfen bei Mietfragen, Ärger mit dem Kindergarten, beim Kauf von Geräten, arbeitsrechtlichen Fragen, Kündigung usw. Betroffen sind deshalb auch in erster Linie die umwohnenden Weddinger Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt leisten können; denn welcher Arbeiter, welche Hausfrau kann das schon?

Dabei führt das Bezirksamt Wedding selbst kostenlose Rechtsberatung durch. Doch das ist nach Ansicht mancher Herren etwas ganz anderes! Und in der Tat richtet sich der Strafantrag nicht wirklich gegen kostenlose Beratung, sondern gegen die Initiative der Bürgerinitiativen, die die Bürger im Kampf für ihre Rechte unterstützen. Im Rathaus soll man dagegen gerade davon abgebracht werden, auf seinen Rechten zu bestehen.

Gegen fortschrittliche Rechtsberatung

Daß sich der Strafantrag gegen die Bürgerinitiativen richtet, um sie finanziell zu ruinieren, beweist auch das Gesetz, auf das sich der Staatsanwalt stützt. Es heißt ganz harmlos: Rechtsberatungsgesetz, 10.7.58. Der Text aber ist noch derselbe des faschistischen Sondergesetzes vom 13.12.35: das „Gesetz zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung". Und schon damals war bekanntlich jede Beratung „mißbräuchlich", die sich für die Anwendung der noch bestehenden formalen Rechte der Arbeiter und ihrer Familien einsetzte.

Mit diesem Gesetz und der Gebührenordnung der reaktionären Standesorganisation der Rechtsanwälte soll die kostenlose Rechtsberatung verboten, die Bürgerinitiativen finanziell ruiniert werden!

Weg mit dem Strafantrag!
Für eine weitere kostenlose Rechtsberatung der Weddinger Bürgerinitiativen!

Schulen in NRW:

Zwei Schülerstreiks im Dortmunder Nordwesten

„Streik geht weiter — Eltern ohne Einsicht“ — so lautet der Kommentar in der Zeitung nach einer Elternversammlung in der Hangeney-Grundschule in Dortmund-Marten. Was sich hier die Schulleitung mit Unterstützung des Schulrates geleistet hat und noch leistet, das ist bodenlos — so die Meinung vieler Eltern.

Seit dem ersten Schultag, also seit einer Woche, streiken die Kinder einer 4. Klasse an dieser Gundschule. Und warum? Weil ihnen der Lehrer, den sie seit der 1. Klasse hatten und den sie auch noch in der 4. Klasse haben wollen, weggenommen worden ist. Das



Schüler und Eltern der Hauptschule Westerfilde demonstrieren gegen die Willkür der Behörden

alles geschah hinterrücks während der Ferien. Ihr Lehrer Siebrecht wurde versetzt, strafversetzt, so muß man sagen. Der vorgeschobene Grund von Schulleitung und Schulrat: Lehrer Siebrecht verstand sich nicht mit dem Schulkollegium, alle machten einheitlich Front gegen ihn.

Doch die Eltern wissen das besser. Der Lehrer Siebrecht wurde nicht deswegen versetzt, sondern weil er sich für seine Schüler wirklich einsetzte und auch gegen die anderen Lehrer die Interessen der Kinder durchsetzte. So hat er auch die Eltern unterstützt, die Strafanzeige gegen drei Lehrerinnen der Schule wegen Schlagens gestellt haben. Lehrer Siebrecht machte hier als einziger nicht mit als das vertuscht werden sollte. Das ist der Grund und kein anderer — deshalb mußte Lehrer Siebrecht verschwinden.

Doch die Kinder und Eltern der 4. Klasse stehen fest geschlossen hinter ihm. Sie wollen ihren Lehrer wiederhaben, das ist ihre Forderung. Groß tönt die Rektorin im Fernseh-Regionalprogramm und in der Zeitung und vor jedem, der es hören will: „An unserer Schule wird nicht geschlagen.“ Aber daß dort sehr wohl geschlagen wurde, das wissen die Eltern besser. Die Strafanzeigen von drei Elternpaaren gegen drei Lehrerinnen wurden sicher nicht ohne Grund gestellt. Die Empörung unter den Eltern ist groß. Sie lassen ihre Kinder weiterstreiken.

Inzwischen droht die Schulverwaltung mit zwangsweiser Vorführung der Kinder, das bedeutet, daß Polizisten die Kinder zur Schule abholen!

Am Freitag letzter Woche sollten auf einer Sitzung der Klassenpflegschaft noch einmal die Wogen geglättet werden; Vertreter der drei Bonner Parteien bemühten sich redlich darum. Ohne Erfolg! Der Beschluß der Eltern: Der Streik wird weitergeführt. Durch keine Drohung lassen sich die Eltern einschüchtern.



Die empörten Eltern der Hangeney-Schule nehmen in der Versammlung kein Blatt vor den Mund

Noch ein zweiter Schülerstreik hat sich in Dortmund entwickelt. An der Hauptschule Westerfilde wird ein „Pilotversuch“ (neuartiger Schulversuch) gestartet. Dafür benötigt die Schule mehr Klassenräume als bisher. Also entscheidet die Schulleitung gegen den Willen der Eltern während der Ferien: Die Kinder der drei siebenten Klassen müssen mit dem Schulbus ins 4 km entfernte Huckarde fahren. Doch am ersten Schultag standen die Kinder mit dem Transparent „Wir wollen nicht nach Huckarde“ vor ihrer Schule. Sie streikten.

Zwei Tage wurde gestreikt, dann erklärten sich die Eltern dazu bereit, vorläufig — für 14 Tage — die Kinder nach Huckarde zu schicken. Bis dahin soll geprüft werden, ob nicht die Vorschläge der Eltern, geeignete Räume in der Nähe der Schule zu beziehen, möglich sind. Allerdings, so ihre Forderung, dann müssen auch die jetzigen Lehrer mit an diese Schule zurück. Hier ist der Streik nur ausgesetzt worden. Sollten die Forderungen der Eltern und Schüler nicht erfüllt werden, wird der Streik wieder aufgenommen.

Der Kommentar der Rektorin: „Die Kinder haben Anspruch auf einen angemessenen Schulweg oder eine Fahrgelegenheit und auf ordnungsmäßigen Unterricht. Beides ist ihnen zugesichert, sie haben aber keinen Anspruch auf eine Schule vor der Haustür!“ Nichts zeigt besser die Verlogenheit der „Mitwirkung“ an den Schulen wie diese Äußerung. Die Eltern können Vorschläge machen soviel sie wollen — die Schulbehörden kümmern sich einen Dreck darum!

„Schulmitwirkungsgesetz“

„Mitwirkungs“-Schwindel soll die Schulmisere verdecken

Seit dem 1. August sind in NRW das „Schulmitwirkungsgesetz“ (SchMG), die „Allgemeine Schulordnung“ (ASchO) und das geänderte „Schulverwaltungsgesetz“ (SchVG) in Kraft. Während die Zustände an unseren Schulen immer katastrophaler werden, versuchen die Schulbehörden, besonders mit dem Mitwirkungsschwindel Propaganda zu machen, um den Eindruck zu erwecken, als könnten Schüler, Eltern und Lehrer Einfluß auf das Schulsystem ausüben.

Was es mit dieser „Mitwirkung“ wirklich auf sich hat, entnimmt man schon dem § 3(1) SchMG: „Die Verantwortung der staatlichen Gemeinschaft für die Gestaltung des Schulwesens wird durch dieses Gesetz nicht eingeschränkt. Die Aufsicht des Landes über das Schulwesen bleibt unberührt.“ Und gerade das hatte sich manch einer erhofft, daß die Aufsicht des Staates eingeschränkt würde, nämlich durch die Rechte der Schüler, Eltern und Lehrer. Allein durch diesen Paragraphen entlarvt sich das Mitwirkungsgesetz als eine Farce.

Typisch an diesem Gesetz ist, daß weder Schüler und Eltern noch Lehrer in für sie entscheidenden Fragen Entscheidungen treffen können. Immer, wenn es wirklich um ihre Interessenvertretung geht, gibt es nur die „Beteiligung“, das heißt das Recht auf Anhörung, Beratung, Anregung und Vorschlag. So können Eltern und Schüler zwar an Klassenkonferenzen teilnehmen, aber diese Teilnahme „gilt nicht, soweit es um die Beurteilung eines Schülers oder die Bewertung seiner Leistung geht“ (§ 9, 2)! Im übrigen kann der Schulleiter sich auch über die Gremien hinwegsetzen und so seine eigenen Entscheidungen durchsetzen. Dann nämlich, wenn Angelegenheiten anstehen, „die keinen Aufschub dulden“ (§ 5, 6 SchMG)!

Während so den Betroffenen jede wirkliche Einflußnahme verweigert wird, gibt es in der Tat eine „Mitwirkung“, die funktioniert, nämlich die Mitwirkung beim Kultusminister. Nach § 16 und § 2(4) SchMG werden für die entscheidenden Fragen des Schulsystems vom Kultusminister unter anderem die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände, die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern, die Kirchen und kommunalen Spitzenverbände „beteiligt“. Auf diesem Wege wird dafür gesorgt, daß der Kultusminister voll seinem Auftrag genügen kann, nämlich das Schulsystem nach den Interessen und Bedürfnissen der kapitalistischen Monopole auszurichten.

Die offizielle Propaganda zur Verherrlichung der „Mitwirkung“ an den Schulen kann die wirklich vorherrschende Schulmisere nicht verdecken. Die „Allgemeine Schulordnung“ und das geänderte Schulverwaltungsgesetz sprechen eine deutliche Sprache, wenn es darum geht, den Widerstand gegen diese Misere zu brechen. Das sieht man schon daran, wie die Frage der politischen Betätigung behandelt wird. Allgemein wird die werbende politische Betätigung an den Schulen untersagt. Jeder weiß, daß sich diese Bestimmung nicht gegen diejenigen richtet, die in der Schule für die Bonner Parteien werben, sondern gegen fortschrittliche und kommunistische Jugendliche.

In derselben Bestimmung (§ 35(5) ASchO) wird die außerschulische politische Betätigung zwar erlaubt, aber mit der Einschränkung: „Das gilt nur dann nicht, wenn ein sich gegen die Schule richtendes Verhalten den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule schwer gefährdet, zum Beispiel bei Aufforderungen zum Unterrichtsboykott.“ Während reihenweise Unterrichtsstunden ausfallen, während immer mehr Schüler in Klassen gepfercht werden, die dann von immer weniger Lehrern betreut werden müssen, wird ein Aufruf zum Schulstreik gegen diese Verhältnisse verfolgt. So kann ein aufmüpfiger Schüler zum Beispiel nach § 26a(5) SchVG bis zu 14 Tagen vom Unterricht ausgeschlossen werden. In „schweren“ Fällen, wie zum Beispiel dem Aufruf zum Schulstreik, kann man sogar von allen öffentlichen Schulen des Landes verwiesen werden! Mit anderen Worten: Zu den zahlreichen Berufsverboten gegen Lehrer kommen jetzt schon „Ausbildungsverbote“ für aufmüpfige Schüler.

Ähnlich steht es mit der Herausgabe von Schülerzeitungen. Eine Zensur findet natürlich nicht statt, aber: Der Vertrieb der Zeitungen auf dem Schulgrundstück kann untersagt werden, „soweit der Inhalt der Schülerzeitung gegen gesetzliche Verbote verstößt oder in anderer Weise den Bildungs- und Erziehungsauftrag schwer gefährdet“ (§ 37(5) ASchO).

Somit geben die erlassenen drei Gesetze die Stoßrichtung an, die sich die kapitalistischen Schulbehörden wünschen: Der offene Widerstand wird unterdrückt durch drastische Strafen, und die Empörung soll in die Kanäle der „Mitwirkung“ gelenkt werden, um dort erstickt zu werden. Dieses Rezept wird nicht nur in NRW probiert, sondern auch in den anderen Bundesländern. Aber die Demonstrationen der Schüler in Gütersloh und Kiel gegen derartige Gesetze haben bereits angekündigt, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Interview mit Mutter von zwei Schulkindern

In Dortmund bildete sich im Kampf gegen die neuen Schulgesetze ein „Komitee gegen die Schulmisere“, das Anfang der Woche in Dortmunder Stadtteilen ein Flugblatt verbreitete. Darin wird über den reaktionären Charakter der neuen Gesetze aufgeklärt, und es werden die beiden Schulstreiks an Dortmunder Schulen unterstützt. Diesem Flugblatt entnehmen wir in Auszügen ein Interview mit einer Dortmunder Mutter von zwei Kindern.

KOMITEE: Frau K., Ihre beiden Kinder sind Schüler in einer Dortmunder Realschule. Sie haben bereits viele schlechte Erfahrungen gemacht, beide Kinder sind bereits einmal sitzengeblieben. Woran liegt das schlechte Abschneiden der Kinder in der Schule?

Frau K.: Meine Kinder sind sicher keine kleinen Genies, aber dumm sind sie nicht. Daß wir mit der Schule so viele Schwierigkeiten haben, liegt eindeutig an diesem Schulsystem.

Ein Beispiel: Im letzten Jahr sollte mein Sohn einen Deutschaufsatz schreiben, was ihm an der Schule nicht gefällt. Er schrieb frisch von der Leber weg: Seine Schulbücher, die von der Schule zur Verfügung gestellt werden, seien zerfleddert, die Schule solle neue kaufen. Für Zeichnen, Werken und andere musische Fächer sollten mehr Lehrer und Stunden zur Verfügung stehen. Kommentar der Lehrerin am Rand: „Stimmt nicht“, „unwahr“. Note Fünf. Ich kann Ihnen die Bücher zeigen, die Peter von der Schule bekam. Sie sind zerrissen und schmuddelig. Und es ist eine weitere Tatsache, daß der Junge seit der 5. Klasse kein Zeichnen und keine anderen musischen Fächer mehr hat. Dafür gibt es ja an unseren Schulen kein Geld, keine Lehrer, keine Lehrmittel. Das ist dem Staat zu teuer. Ich habe mich beschwert. Ohne Erfolg. Soll Peter also schreiben: „Alles ist prima“, wenn es gar nicht so ist? Müssen wir Noten hinnehmen, die eindeutig ungerecht sind, mit denen die Zukunft unserer Kinder verbaut wird?

Der Streß, unter dem die Kinder stehen, ist ungeheuer groß. Vor Klassenarbeiten ist es oft passiert, daß sie Magenkrämpfe bekamen und erbrechen mußten. Sie sind nervös, zerfahren, aggressiv.

KOMITEE: Sie sprachen vorhin über Personalbögen, die über Schüler geführt werden. Ist das nicht eigentlich ein ständiges Druckmittel gegenüber den Kindern?

Frau K.: Ja, das ist es. Ein Beispiel, wie sich das auswirkt: Meine Tochter hat vor drei Jahren, zusammen mit einer Clique von Freundinnen, öfter mal geschwänzt. Natürlich ist sowas nicht richtig. Als wir dahinterkamen, nahmen wir sie ins Gebet. Sie hat alles eingesehen, und seither kam so etwas auch nicht wieder vor. Natürlich stand das im Personalbogen aller Mädchen, die sich an dieser Dummheit beteiligt hatten. Sie sind alle heute noch die „Schwänzer“. Ich höre die Geschichte immer wieder, wenn ich in eine Elternsprechstunde komme. Es hat mich überhaupt nicht gewundert, daß alle diese Mädchen in den folgenden zwei Jahren eine nach der anderen sitzenblieb. Auch meine Tochter.. Auch in den Nachprüfungen sind sie alle durchgefallen, obwohl wir den Stoff gepaukt hatten bis zum Geht-nicht-mehr. Glauben Sie vielleicht daran, daß von zwölf Mädchen, die zur Nachprüfung zugelassen werden, keine einzige, aber wirklich keine, besteht? Das geht doch nicht mit rechten Dingen zu. Ich glaube, man reduziert die großen Klassen einfach dadurch, daß jedes Jahr eine bestimmte Quote von Kindern sitzenbleiben muß.

KOMITEE: Frau K., es wird immer wieder behauptet, die heutige Schule räume Arbeiterkindern „Chancengleichheit“ und „mehr Demokratie“ ein. Was halten Sie davon?

Frau K.: Gar nichts. Das Gegenteil ist der Fall. Schauen Sie sich doch nur mal an, in welchen Dortmunder Stadtteilen die meisten Kinder aufs Gymnasium gehen. Das sind eben nicht die dichtbesiedelten Arbeiterviertel. Die Schulbürokratie kümmert sich um das Leben und die Zukunftschancen unserer Kinder einen Dreck. Da sind die viel zu großen Klassen. Da sind die fehlenden Lehrer. Meine Tochter hat vor drei Jahren mal ein paar Stunden geschwänzt. Das reibt man ihr heute noch unter die Nase. Aber daß mehrmals in einem Schuljahr der Kernunterricht in einem Kernfach für vier oder sechs Wochen ausfällt, weil der Lehrer auf Klassenfahrt geht oder krank ist und kein Ersatz eingestellt wird — danach kräht kein Hahn. Das tollste Beispiel dafür, wie gleichgültig diesem Schulsystem das Schicksal unserer Kinder ist, habe ich letztes Jahr mit meiner Tochter erlebt. Am Ende des Schuljahres stellte sich heraus, daß sie das ganze Jahr über falsche Kurse besucht hatte. Das Ganze kam erst raus, als die Zeugnisse geschrieben wurden.

Unser ganzes Schulsystem ist miserabel. Hier will der Staat die „Untertanen“ züchten, die er braucht, die die Ausbeutung und Unterdrückung in unserem Land widerspruchslos hinnehmen. Und die neuen Gesetze verschärfen die Unterdrückung an unseren Schulen noch mehr. Aber nicht mit mir, bitte sehr, nicht mit meinen Kindern. Ich werde zusammen mit den beiden Kindern im Eltern- und Schülerkomitee gegen diese Gesetze kämpfen. Ich hoffe sehr, daß wir ähnliche Erfolge haben werden wie die Eltern und Schüler in Schleswig-Holstein, die Ende Juli in einen landesweiten Schulstreik traten, aus Protest gegen ähnliche Gesetze wie wir es jetzt in Nordrhein-Westfalen haben.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Neue Provokation des Verfassungsschutzes

Steckbriefe von Funktionären der KPD / ML angefertigt

Neue Einzelheiten über die berüchtigten „Schwarzen Bände“ vom Verfassungsschutz brachte in ihrer letzten Ausgabe die Illustrierte „Quick“. Es handelt sich dabei um Bildbände mit den Steckbriefen sogenannter „Extremisten“, die — vom Verfassungsschutz angefertigt — den Grenzschutzbeamten die Bespitzelung erleichtern sollen. Nach Angaben von „Quick“ enthalten diese Bände die Steckbriefe von insgesamt 789 Personen. Die Illustrierte, die offensichtlich über gute Kontakte zu den Bonner Geheimdiensten verfügt, brachte auch eine Auswahl von Steckbrief-Konterfeis aus den „Schwarzen Bänden“. Darunter auch ein Foto des Genossen Ernst Aust mit der Unterschrift „KPD/ML-Vorsitzender“ und ein Foto des Genossen Gernot Schubert mit der Unterschrift „Politbüro der KPD/ML“.

So sind also Genossen unserer Partei in den Wachstuben des BGS wie Verbrecher registriert, sind ihre Steckbriefe in Hunderten oder Tausenden Exemplaren über die Bundesrepublik verteilt. Aber nicht nur das ist eine Unverschämtheit. Auch wie diese Steckbrieffotos jetzt der Öffentlichkeit präsentiert werden, ist eine üble Provokation. Denn ausgerechnet die offen reaktionären Hetz-Organe wie die „Quick“ oder Löwenthals „ZDF-Magazin“ haben diese Steckbriefe gebracht. Natürlich nicht, um die Spitzelpraktiken der Bonner Geheimdienste zu entlarven, sondern im Gegenteil, um sie zu verteidigen und als „notwendig“ hinzustellen. Und so fehlte dann auch nicht der Hinweis auf die „RAF-Terroristen“, deren Konterfeis ebenfalls in der „Schwarzen Bänden“ zu finden seien. Wieder einmal ein Versuch, unsere Partei und ihre führenden Genossen mit Bombenlegern und Kidnappern in Verbimdung zu bringen.

Und noch etwas ist auffällig bei dem Wirbel um die „Schwarzen Bände“. Es soll offensichtlich der Eindruck erweckt werden, als wären nur eine begrenzte Anzahl von Funktionären „extremistischer“ Organisationen Opfer der Bespitzelung. Breit herausgestrichen wird auch die Überwachung der DKP und ihrer Ostkontakte. Damit spekulieren die Bonner Herren auf die Tatsache, daß die Masse der Werktätigen dem Ostberliner Regime und seinen westdeutschen Freunden von der DKP ablehnend und feindlich gegenübersteht.

So soll davon abgelenkt werden, daß sich die staatliche Spitzelei gegen die Werktätigen selbst und ihre Kämpfe richtet. Abgelenkt werden von der Tatsache, daß über 3 Millionen Namen in den verschiedenen Computern und Karteien der Spitzeldienste gespeichert sind, daß die alltägliche und systematische Schnüffelei zum festen Bestandteil der Politik des Bonner Staates gehört.

Diese Tatsachen möchten die Herren am liebsten ganz vertuschen. Denn sie fürchten, daß immer mehr Werktätige den berechtigten Vergleich zu den Gestapo-Methoden der Hitler-Diktatur ziehen, daß sie den Kampf aufnehmen gegen den Bonner Kurs auf ein neues '33. Weg mit den Steckbriefen aus den „Schwarzen Bänden“! Kampf der staatlichen Schnüffelei!

Antifaschistische Aktion in Heidelberg

Die Mörder sind unter uns

(Korrespondenz). Vor einiger Zeit hat der „Rote Morgen“ über die NS-Verbrechen des Hugo Pahl berichtet. Dieser Faschist hatte nach Kriegsende elf Matrosen erschießen lassen, die sich weigerten, nach der Kapitulation noch länger ihren Kopf für das Nazi-Regime hinzuhalten. Unbehelligt lebt der jetzige Fabrikant in Heidelberg!

Da müssen wir was tun, dachten nicht nur die Genossen der Partei und der Roten Garde, sondern auch etliche Freunde und Bekannte, mit denen wir darüber sprachen. Gesagt, getan! Die Informationen, die wir zuerst über Pahl sammelten, ergaben, daß Pahl sich ganz offen zu seinen Verbrechen bekennt. Er ließ die Matrosen erschießen, weil sie sich nicht zum weiteren Krieg gegen die Sowjetunion zwingen ließen. Auch heute — in Friedenszeiten — würde er bei einer Meuterei wieder so handeln, und darum habe er als Mensch und Offizier ein reines Gewissen. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg hatte in den 50er Jahren Ermittlungen angestellt, die ganze Sache jedoch nach kurzer Zeit zu den Akten gelegt. Die Adresse Pahls war schnell erfahren: Dieser Typ stand im Telefonbuch.



Wandzeitung 2 mal 3 Meter groß, an einem Straßenbahnkiosk in der Wohngegend Pahls.

An einem Dienstag morgen leuchtete eine Wandzeitung von 2 mal 3 Meter an einem Straßenbahnkiosk in der Wohngegend Pahls. Zusätzlich waren etwa 300 Aufkleber an Telefonhäuschen, Laternenpfälen usw. angebracht, in denen die Verbrechen dieses Faschisten angeprangert wurden. Nach einem genau durchdachten Plan war in der Nacht zuvor in Minutenschnelle geklebt worden — buchstäblich unter den Augen der Polizei, denn Pahl wohnt, sicher nicht zufällig, in der Nähe eines Polizeireviers.

Die Plakataktion stieß auf großes Interesse in der Bevölkerung. Jedem, der vorbeiging, sprang die Wandzeitung förmlich in die Augen. Einen Tag später hatten städtische Arbeiter den Namen Pahl herausgekratzt, ein mühseliges Unterfangen, wenn man bedenkt, daß das Ganze eisenhart mit Wasserglas angeklebt war. Die Wandzeitung war aber trotzdem immer noch so aufsehenerregend, daß auch Tage danach noch Leute dastanden und entzifferten, was da mal zu lesen war.

Zum Abschluß der Aktion steckten wir in Arbeiterwohngebieten Heidelbergs Flugblätter, in denen wir aufzeigten, daß dieser Staat nicht nur für ein paar Faschisten wie Filbinger und Pahl ein Tummelplatz ist, sondern alte und neue Nazis ungehindert ihr Unwesen treiben. Wir machten aber auch klar, daß es der Bonner Staat ist, der für ein neues '33 rüstet, und daß das einzige Mittel dagegen der Kampf der werktätigen Massen und aller Antifaschisten gegen die braune Pest und die Faschisierung ist.

Die Abrechnung bekommen

Er war ein ganz Eifriger unter den Denunzianten, der Kölner CDU-Handelsvertreter Herbert Land, wohnhaft in Köln-Seeberg, Lavendelweg 13. Nicht genug damit, daß er in Zusammenarbeit mit den Bonner Spitzelorganisationen einen Lehrer bei den Behörden als Kommunist denunzierte und so dessen Berufsverbot ermöglichte. Als dieser Lehrer bei Ford als Hilfsarbeiter anfing, erschien der saubere Herr Land im Vorstandszimmer des Konzerns und „klärte“ die Unternehmensleitung „auf“. Mit vollem Erfolg: Der ehemalige Lehrer erhielt erneut Berufsverbot, diesmal als Hilfsarbeiter.

Er hatte wohl geglaubt, sich unbehelligt in den Erfolgen seiner dreckigen Denunziantentätigkeit suhlen zu können, der Herr Land, aber die Kölner Genossen der Partei machten ihm einen Strich durch die Rechnung. In einem Flugblatt wird dazu aufgerufen, sich gegen alle Äußerungen der Faschisierung, die vom Staat ausgeht, zur Wehr zu setzen und solche Denunzianten-Typen wie Land in Betrieb, Schule und überall, wo sie auftauchen, zu isolieren. Insbesondere wird dazu aufgerufen, sich gegen das staatlich verordnete Denunziantentum mit dessen Opfern solidarisch zu erklären.

Dieses Flugblatt wurde in dem Wohnviertel, wo Land wohnt, und in Chorweiler (hier wohnen überwiegend Ford-Arbeiter) in die Briefkästen gesteckt. So erfuhren Tausende von der schmutzigen Tätigkeit ihres Mitbewohners. Natürlich wurde das Flugblatt auch in dem Haus verbreitet, in dem der christlich-demokratische Handelsvertreter wohnt. Einem Zufall ist es zu verdanken, daß den Genossen bekannt wurde, wie Land die unerwartete „Post“ aufnahm. Das Gesicht dieses Herrn hätte man sehen müssen! Sämtliche Gesichtszüge entglitten ihm mit einem Mal, und er lief rot an im Gesicht. Wütend schrie er etwas von „Polizei holen“. Dann rannte er aufgebracht nach draußen, stürzte sich in seinen Wagen und brauste davon.

Daß das Flugblatt nicht nur bei diesem Denunzianten richtig eingeschlagen hat, zeigte sich sehr bald. Inzwischen nämlich läuft bei Herrn Land zu Hause das Telefon heiß. Empörte Einwohner sagen diesem Herrn kräftig ihre Meinung, so daß er keine ruhige Minute mehr hat. Aber das gehört nun mal zum „Berufsrisiko“ seines Standes. Mit Mitleid wird er nicht rechnen können. Denn in Köln gibt es einen Lehrer, dem jede Schule versperrt ist und dem man nicht einmal die Möglichkeit gibt, als Hilfsarbeiter sein Brot zu verdienen, dessen Existenz also vernichtet ist. Dieses Unrecht ist noch nicht gesühnt!

Dr. denunz. Langguth

Der baden-württembergische JU-Vorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd Langguth, der sich durch besondere Denunziations- und Verfassungsschutz-Anfragen im Bundestag ausweist, hat bereits in seiner Studentenzeit mit dem Sammeln und Denunzieren fortschrittlicher Studenten an der Universität Bonn Aufsehen erregt. „Abfallprodukt“ dieser Bespitzelung ist die 600 Seiten starke Doktorarbeit „Die Entwicklung der Protestbewegung in der Bundesrepublik“, die gespickt ist mit detaillierten Angaben über Wohnungen und Namen Bonner linker Studenten. Diese Auftragsarbeit für den Verfassungsschutz hat das „Seminar für politische Wissenschaften“ ausgerechnet als „Forschungsleistung“ prämiert.

Verfassungsschutz schnüffelt in Wahlliste

Durch eine Anfrage im Bundestag wurde bekannt, daß in Berufsverbotsverfahren mehrfach Unterschriften zu Wahlvorschlagslisten von „extremistischen Parteien“ als „belastendes Moment“ gewertet wurden. Das zeigt: Der Verfassungsschutz wertet die Unterschriften für Landtags- oder Bundestagswahlen aus. Ein bezeichnender Vorfall für die angeblich so geheimen und freien Wahlen in diesem Land. Das Bundesinnenministerium erklärte dazu, die Unterschrift für die Kandidatur etwa unserer Partei dürfe nicht von den Verwaltungsgerichten zur „Bewertung der Verfassungstreue bei einer Bewerbung im öffentlichen Dienst herangezogen werden“. —Aber: „Diese Personen müßten hinnehmen, daß ihre Stellungnahme zu dem betreffenden Wahlvorschlag in gewissem Umfang von Dritten zur Kenntnis genommen werden.“ Also vom Verfassungsschutz! Ein neues, empörendes Beispiel für das Ausmaß der staatlichen Bespitzelung!

Nazi-Anwalt Karnevalsprinz

Das Präsidium der Düsseldorfer Karnevalsgesellschaft „Allgemeiner Verein“ hat jetzt endgültig beschlossen, Jörg Wech, einen der Verteidiger der Nazi-Verbrecher im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß zum Karnevalsprinzen für die nächste „Narrensaison“ aufzustellen. Diese Nominierung ist nicht nur für alle Düsseldorfer Antifaschisten ein Schlag ins Gesicht, sondern auch für alle „Jecken“, deren „Spaß an der Freud“ ausgenutzt wird, um solche Unterstützer von Nazi-Verbrechern als „gesellschaftsfähig“ hinzustellen.

Trauer verboten

Uwe Folkerts, angeklagt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, durfte zur Beisetzung der Urne seiner im Juli verstorbenen Mutter nicht nach Karlsruhe gebracht werden. Der Richter begründete das Verbot mit dem Verdacht, es könne zu Befreiungsversuchen oder „demonstrativen Solidaritätsbekundungen“ kommen. Im Januar allerdings hatte das Gericht keine Bedenken, Folkerts nach Karlsruhe zu bringen. Damals ging es um einen Prozeß wegen Beleidigung von Polizeibeamten.

Klassenjustiz

Einen empörenden Fall von Klassenjustiz und politischer Unterdrückung konnten jetzt die Bielefelder in ihrer Tageszeitung verfolgen. Das Schöffengericht Bielefeld hatte eine 26jährige Gefängnisaufseherin zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung und 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Ihr einziges Vergehen war gewesen, daß sie inhaftierten Frauen aus der Stadt Kaffee, Tee und Zigaretten sowie Zeitschriften in die Zellen geschmuggelt hatte. Nicht etwa gegen ein fürstliches Honorar, sondern ohne jede Gegenleistung. Ihre Begründung vor Gericht: „Die Frauen taten mir einfach leid.“

Doch genau das hätte sie nicht sagen dürfen. Staatsanwalt und Richter waren sich sofort einig: „Solche Gefälligkeiten werden in den Strafanstalten zu Fällen schwerer Bestechlichkeit“, meinte Staatsanwalt Jostmeier, diese müßten streng geahndet werden, denn aus ihnen würden „Abhängigkeiten und Erpressungen der Gefängnisaufseher erwachsen.“ Auch Richter Hagemann stieß ins gleiche Horn: „Daraus entwickelt sich eine Schraube ohne Ende“.

Es war klar. Nicht um die Gefälligkeiten ging es dem bürgerlichen Klassengericht, sondern sie sahen vor ihrem inneren Auge düstere Visionen aufsteigen, in denen Gefängnisaufseher mit politischen Gefangenen zusammenarbeiteten. Eine Gefahr für sie, die mit drastischen Strafen verhindert werden sollte. Deshalb das Urteil gegen die Bielefelderin. Meine Kollegen waren sich einig: Hier sollte ein Urteil nach dem Motto „Wehret den Anfängen“ gesprochen werden, und dafür läßt man auch die größte Ungerechtigkeit zu Recht werden.

Polizei erschoß Ehemann

Der 29 Jahre alte Heinrich Liebig war in angetrunkenem Zustand in die Wohnung seiner Ehefrau gekommen, von der er getrennt lebt. Er wollte das jüngste seiner drei Kinder mitnehmen. Als die Frau sich weigerte, griff er zu einem Brotmesser. Die Eltern der Ehefrau alarmierten die Polizei. Das hätten sie nicht machen sollen! Als die Polizisten auf den jungen Mann zugingen und er sie mit dem Brotmesser bedrohte, erschoß einer der Polizisten den Ehemann. „Bei der Rempelei habe sich der tödliche Schuß gelöst“, heißt es im Polizeibericht. Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, daß die Polizei immer öfter „Familien-Probleme“ mit der „Waffe“ löst!

Wissenschaftler protestieren

Kernphysiker der Universität Bochum haben eine Protesterklärung gegen die Neutronenbombe verfaßt. Darin heißt es: „Es ist erschütternd, festzustellen, daß von dieser Waffe als einer ‚humanen‘ Waffe gesprochen wird, einer Waffe, die ‚nur‘ menschliches Leben auslöscht, aber Sachwerte erhält. Die betroffenen Menschen erfahren eine Auflösung der normalen Funktionen des Organismus durch Zerstörung des zentralen Nervensystems und lebenswichtiger Zellsubstanzen und verenden nach Stunden, Tagen oder Jahren unter entsetzlichen Qualen.“ Auch an dem Institut für Kernphysik in Münster wurde der Aufruf von mehreren Wissenschaftlern unterzeichnet. Dies zeigt, daß die Herrschenden bei der Einführung der Neutronenbombe auf wachsenden Widerstand stoßen, selbst aus den Reihen der Wissenschaftler, die ansonsten eher gutbezahlt, „wertfrei“ vor sich hin forschen.

Abstimmung über Filbinger

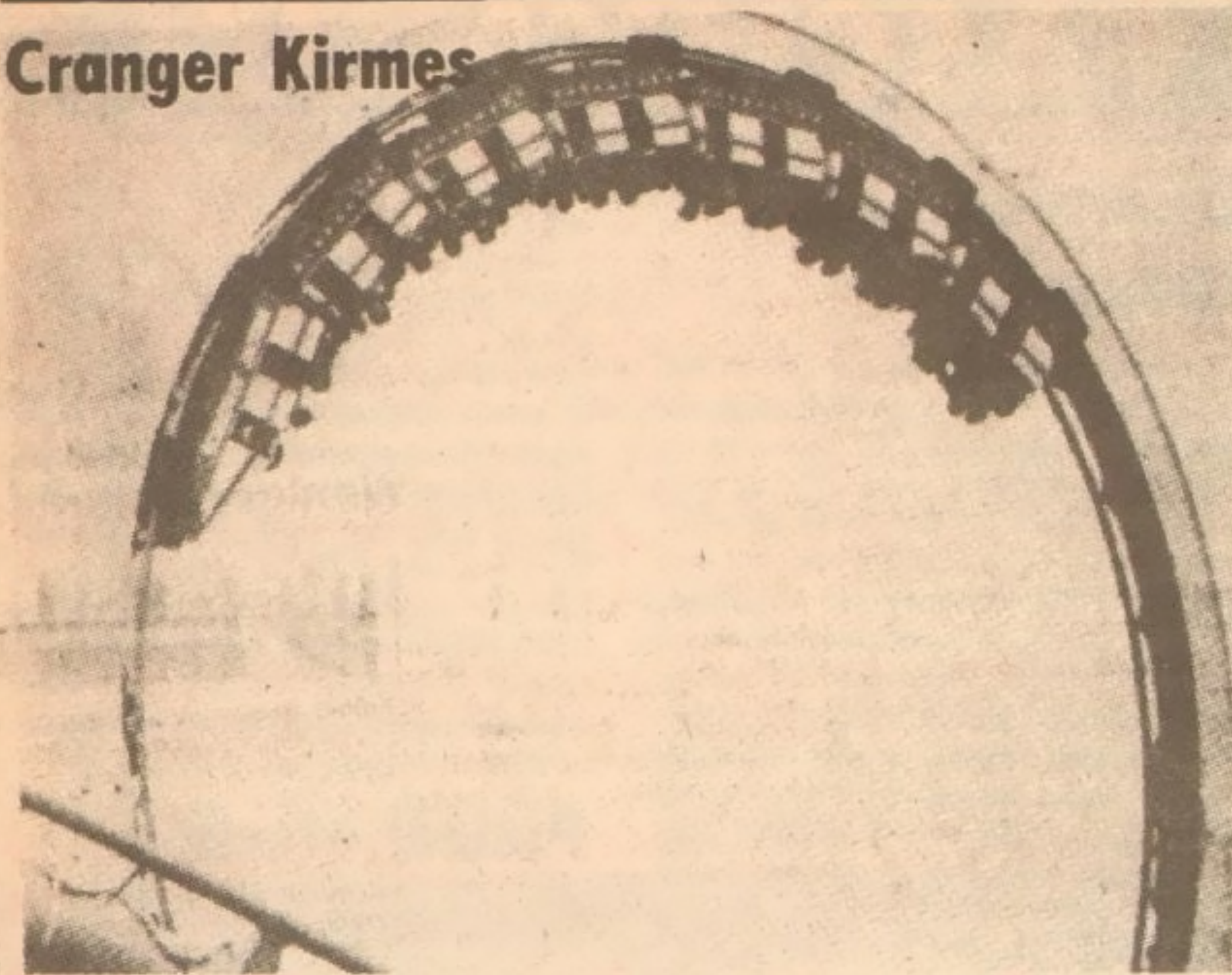


Ein RM-Leser schreibt uns: In einem Leserbrief an den Stern habe ich meine Empörung darüber ausgedrückt, daß Nazi-Richter Filbinger immer noch im Amt ist. Die Antwort der Stern-Redaktion zeigt deutlich, was das Volk von Filbinger hält. Darin heißt es: „Mit Ihnen haben das so viele Leser getan, daß die Stellungnahmen viele Aktenordner füllen . . . Die uns zugegangene Post ist eine Abstimmung — vernichtend für Filbinger, bedenklich für die ihn immer noch deckenden Kreise.“

Filbinger macht Rückzieher

Am 29. Mai hatte die Staatsanwaltschaft Bochum auf eine Anzeige Filbingers hin Anklage gegen Renate Bichel erhoben, die für ein Flugblatt der KPD/ML verantwortlich zeichnete, in dem Filbinger als „Nazi-Richter“ bezeichnet worden war. Die Anklageschrift enthielt den Vermerk: Achtung! Verjährung droht am 12.9.78. Jetzt erhielt die Angeklagte die Mitteilung, daß der für den 11.9.78 vorgesehene Prozeßtermin aufgehoben worden sei.

Cranger Kirmes



Profitsucht fordert 23 Verletzte

Volkskorrespondenz aus Herne

Am Mittwoch abend, dem 10. 8. 78 ereignete sich auf der Looping-Achterbahn der Cranger-Kirmes in Wanne-Eickel ein Unfall, der 20 Verletzte und drei Schwerverletzte zur Folge hatte. Zwei Wagen der Looping-Achterbahn prallten aus angeblich noch ungeklärten Gründen mit einer Geschwindigkeit von 80 km/h aufeinander, als der erste Wagen vermutlich aufgrund eines Bremsfehlers zu früh gestoppt wurde und ein zweiter, dicht folgend auf diesen auffuhr.

Da von der Staatsanwaltschaft eine Nachrichtensperre verhängt wurde, konnte man die verschiedensten Versionen über die angebliche Unfallursache in der Presse lesen. Fest steht jedoch, daß zwei, eventuell drei Züge (auch in diesem Punkt herrschte bei der Presse keine Übereinstimmung) in zu kurzen Abständen über die Bahn gejagt wurden. Klar war für den Besitzer und die verantwortlichen Stellen sicherlich auch, daß bei einer unvorhergesehenen Störung (wie zum Beispiel bei einem zu frühen Abbremsen des Wagens) der nachfolgende Zug nicht mehr rechtzeitig gestoppt werden kann. Hätte man immer erst einen Wagen nach Ankunft des vorherigen gestartet, wärd es auch bei einem solchen Bremszwischenfall nicht zu diesem schweren Unfall gekommen.

Diese Tatsache störte jedoch den Schausteller nicht im geringsten. Vor seiner „Kirmes-Sensation" herrschte ein sehr starker Andrang. Daher hatte er die Preise innerhalb kürzester Zeit von 3 DM auf 4 DM und schließlich auf den Wucherpreis von 5 DM erhöht. Aber das reichte dem Herrn Unternehmer wohl noch nicht. Bei diesem Preis (24 Personen = 120 DM pro Fahrt) kann man schon mal ein Unglück riskieren, auch wenn dabei einige draufgehen, was bei dieser hohen Geschwindigkeit durchaus hätte der Fall sein können.



Zwei der drei Schwerverletzten: Frank Kempa (links) und Bruria Blum mit ihrer Tochter

Obwohl die Unfallursache angeblich noch nicht ermittelt wurde, konnte man die Bahn am nächsten Tag schon wieder voll in Betrieb sehen. Schließlich bedeutet jeder Tag der Stilllegung für den Looping-Besitzer einen enormen Profitausfall. Für den Werktätigen jedoch kann die zu frühe Inbetriebnahme der Anlage die schwersten Verletzungen zur Folge haben. Aber seit wann spielt die Gesundheit eines Werktätigen für die kapitalistische Profitkalkulation eine Rolle?

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Katastrophenabwehrplan für das Atomkraftwerk Esenshamm:

Eine Katastrophe für die Wesermarsch

Volkskorrespondenz aus Bremen

Ende Juli haben Bürgerinitiativen Norddeutschlands den Katastrophenabwehrplan für das Atomkraftwerk Esenshamm/Unterweser bekanntgemacht. Sie mußten den Plan illegal besorgen, denn veröffentlichen wollten die verantwortlichen Herren vom Landkreis Wesermarsch diesen Plan natürlich nicht. Straft doch allein seine Existenz schon ihre scheinheiligen Beteuerungen Lüge, das Atomkraftwerk sei sicher. Der ganze Inhalt dieses Plans verdeutlicht die zynische Bedenkenlosigkeit, mit der für gewinnbringenden Atomstrom das Leben der Menschen aus Spiel gesetzt wird.

„Der Oberkreisdirektor des Landkreises Wesermarsch gibt bekannt: Im Kernkraftwerk Unterweser in Kleinsiel hat sich ein kerntechnischer Unfall ereignet. begeben Sie sich zum Schutz ihrer Gesundheit sofort in geschlossene Räume und schließen Sie alle Fenster und Türen! Be- und Entlüftungsanlagen abstellen! Bleiben Sie ruhig und besonnen! Weitere Unterrichtungen folgen; Norddeutschen Rundfunk und Radion Bremen sowie das deutsche Fernsehen einschalten!"

Wenn die Menschen im Umkreis von 25 km um das Atomkraftwerk — für diesen Bereich soll der Plan gelten — über Lautsprecherwagen diesen Text hören, hat für sie die Katastrophe längst begonnen, ist es schon fünf nach zwölf. Denn bevor die Bewohner überhaupt unterrichtet werden, ist schon viel Zeit vergangen: Laut Plan wird zunächst der Oberkreisdirektor von der Werksleitung informiert, der wiederum unterrichtet auf dem Dienstweg andere Behörden und ordnet umfangreiche und komplizierte Messungen an. Mehrer Meßtrupps werden in die 25-km-Zone, die in drei Unterzonen unterteilt ist, losgeschickt. Erst wenn die Strahlenbelastung in den drei Unterzonen, an verschiedenen Punkten gemessen, feststeht, ist die Unterrichtung der Bevölkerung vorgesehen!

Jeder kann sich ausmalen, wieviel Zeit dabei verloren geht: Wann sieht sich die Werksleitung genötigt, die Oberkreisdirektion zu benachrichtigen? Wie lange dauern die zig Telefongespräche, um die anderen Instanzen zu benachrichtigen, wie lange die Messungen? Man könnte gleich sagen: Bleiben Sie ruhig, es ist sowieso zu spät! Und viel anders sind die Ratschläge auch nicht: Türen und Fenster zu — als ob normale Wände die radioaktive Strahlung aufhalten könnten. Bestenfalls dicke Blei- oder Betonwände könnten Schutz bieten.

Erst Jod, dann tot!

Als erste und hauptsächliche Schutzmaßnahmen seitens des Staates wird die Verteilung von Jodtabletten angegeben. Die Bürgerinitiativen zitieren dazu aus dem Katastrophenabwehrplan für das AKW Fessenheim. Die Behörden geben zu, daß eine solche Schutzmöglichkeit gar nicht existiert: *„Durch rechtzeitige Blockierung der Jodisation der Schilddrüse mittels Kaliumjodid (Jodtabletten) ist eine Reduktion der Strahlenbelastung bis auf maximal 1 % zu erreichen. Da die Schilddrüse zwischen radioaktivem und nichtstrahlendem Jod nicht unterscheiden kann, werden beide gleich schnell und in gleichem Ausmaß so lange aufgenommen, bis die Schilddrüse aufgefüllt ist. Der Jodanteil, der zuerst das Organ erreicht hat, tritt in den Hormonhaushalt ein. Der Idealfall ist dann gegeben, wenn die Prophylaxe (Vorbeugung) durch Jodtabletten schon eine halbe bis eine Stunde vor dem Anfluten des radioaktiven Jods erfolgt. Radioaktives Jod, das bereits durch die Schilddrüse aufgenommen ist, kann durch Jod-Kalium durchaus nicht merklich verdrängt werden."* Schon sechs Stunden nach einem Unfall ist die Tabletteneinnahme also praktisch unwirksam, da die Tabletten nur noch 50 Prozent wirken und die Aufnahme radioaktiven Jods bereits gefährliche Ausmaße angenommen hat!

Und noch ein Widersinn: Um die Jodtabletten zu erhalten, soll ein Haushaltsmitglied das angeblich so sichere Haus verlassen und zu einer bekanntzugebenden Ausgabestelle gehen. Dort erhält er einen genauen Dosierungsplan; zynisch soll dem Atomsiechtum und Sterben der Schein der Perfektion gegeben werden. Es heißt sogar, daß bei „... Patienten mit Herzschrittmachern oder Schilddrüsenerkrankungen die Dosis der Jodtabletten individuell bestimmt werden muß." Auch eine rechtzeitige Einnahme von Jodtabletten würde natürlich nicht vor anderen Strahlenbelastungen schützen. Erst Jod, dann tot — eine hoffnungslose Beruhigungspille wird offensichtlich wider besseres Wissen angeboten, ihr einziger Zweck soll sein, Illusionen zu schüren.



Demonstration gegen das KKW Esenshamm

Bereiten Sie sich auf Evakuierung vor!

Falls die Messungen ergeben haben sollten, daß eine unmittelbar tödliche Gefährdung vorhanden ist, ist eine Evakuierung aus den betreffenden Gebieten vorgesehen. Die im Plan angegebenen Grenzwerte liegen um das 4- bis 10-fache höher als die von internationalen Empfehlungen. Evakuiert werden soll also dann, wenn mit großer Wahrscheinlichkeit Mensch und Tier bereits verseucht sind.

Wie wenig ernst die Behörden eine Evakuierung nehmen, zeigt bereits der vorgesehene Bekanntgabetext: „Bereiten Sie sich bitte sofort auf eine Evakuierung vor. Packen Sie nur das Notwendigste zur Körperpflege und Bekleidung für zwei Tage ein. Für alles übrige tragen die Behörden Sorge. Innerhalb der nächsten Stunden werden Omnibusse vorfahren, um sie an andere Aufenthaltsorte zu bringen. Achten Sie bitte auf die Hupsignale der Omnibusse. Die Häuser sind zu verschließen. Die Ortschaft bleibt unter Aufsicht." Evakuierung mit unklarem Ziel, für zwei Tage, mit irgendwelchen Omnibussen, die Stunden später vorfahren? Das ist keine Scharlatanerie, das ist Menschenverachtung! Und wenn die Verseuchung eingetreten ist? Dann ist im Plan von „Dekontamination" (Entseuchung) die Rede. Stellen sollen eingerichtet werden, in denen man sich duschen (!) und die radioaktive Kleidung vernichtet werden kann. Als ob die Behörden nicht wüßten, daß eine radioaktive Verseuchung nicht rückgängig zu machen ist!

Abriegeln, damit niemand rauskommt!

Schlaglichtartig wird an einer anderen Stelle des Plans deutlich, was mit den Menschen geschehen wird: Unter dem Punkt Schiffsverkehr heißt es: „Eine Weiterfahrt (der Weser-Schiffe) darf erst gestattet werden, wenn eine Untersuchung ergeben hat, daß Selbst- oder Fremdgefährdung infolge Strahlenverseuchung nicht oder nicht mehr zu befürchten ist." Von allen verseuchten Personen, Tieren und Gegenständen geht jedoch eine Fremdgefährdung aus. Die Katze ist aus dem Sack, wahrscheinlich kann niemand evakuiert werden. Dann heißt es nur noch: abriegeln und aufpassen, daß niemand rauskommt! Bundeswehr und Polizei wird eingesetzt. Nicht umsonst gehören Einheiten der Bundeswehr zu den Stellen, die mit zuerst benachrichtigt werden sollen!

Unfallbesonderheiten werden im ganzen Plan nicht berücksichtigt. So kann es sein, daß ein Aufwind die radioaktive Wolke weiterträgt und sie außerhalb des 25-km-Umkreises abregnet, zum Beispiel über Bremen. Für solche Fälle gibt es gar nichts.

Der Plan ist für kleinere und mittlere Unfälle vorgesehen. Ein sehr großer Unfall, ein sogenannter GAU, hätte von vornherein eine viel größere Reichweite in der Strahlenbelastung. Aus der Erfahrung ist bekannt, daß die Atomkapitalisten zögern, selbst kleine und mittlere Unfälle überhaupt bekannt zu geben, so zum Beispiel beim Unfall im AKW Brunsbüttel. Es ist also überhaupt unsicher, wann und ob die staatlichen Stellen benachrichtigt werden. Da eine Unterrichtungspflicht nur besteht, wenn die Unfälle „... nicht mit Sicherheit auf das Werksgelände beschränkt bleiben", kann zum Beispiel bei Windstille einfach gesagt werden, es läge keine Gefährdung vor, obwohl aufsteigende Luft das radioaktive Gift weiterträgt.

Dieser Plan schützt die Wesermarsch auch nicht nur ansatzweise. Darauf kommt es den Herren vom Landkreis auch gar nicht an. Offen schreiben sie, daß ein Eingreifen erfolgen muß, wenn „... die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist". Und wie das aussehen wird, kann sich jeder nach diesem Plan vorstellen.

Bis jetzt konnte immer wieder verhindert werden, daß das voll betriebsfähige Atomkraftwerk den Betrieb aufnimmt. Im Herbst ist ein rechtskräftiges Urteil zu befürchten, das die Inbetriebnahme gestattet.

Dieser Katastrophenplan macht uns wieder einmal eindringlich klar: Wir müssen kämpfen! Esenshamm muß abgerissen werden! Kein AKW in Esenshamm und anderswo!

Bildreportage

Unsere Strasse...



Unsere Straße ist ursprünglich eine Wohnstraße. Doch seit einiger Zeit fällt den Anwohnern das Wohnen immer schwerer. Durch Umleitungen, die vor allem für die Geschäftsleute von Vorteil sind, ist sie zur Durchgangsstraße für den Berufsverkehr geworden. Das heißt: Lärm, Abgase, Schmutz, Vibrationen, Unfallgefahren usw. stehen auf der Tagesordnung für die Anwohner.



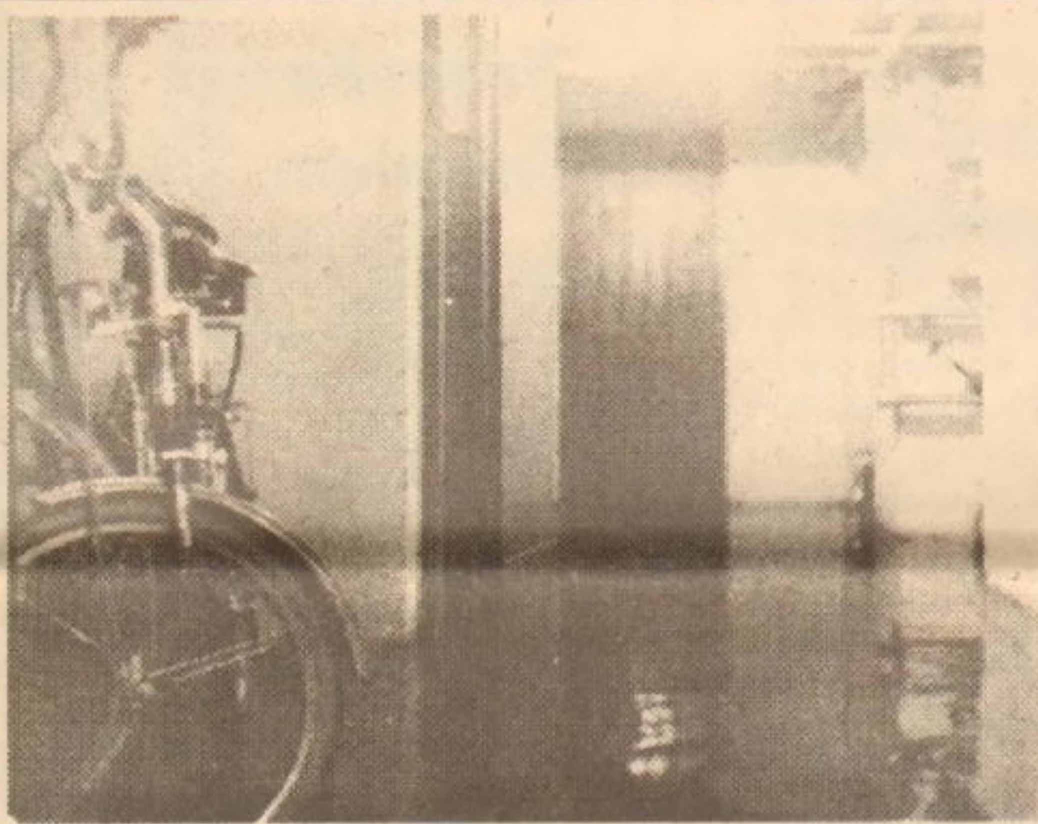
Der Schein trügt. So sieht es nur Sonntagsmittags aus. Aus Protest und um wenigstens etwas Grünes vor der Tür zu haben, haben einige Hausbewohner sich diese Blumenkästen vor die Tür gesetzt. Doch die Pflanzen bedanken sich, sie können in den Abgasen gar nicht wachsen und verkümmern, nach einiger Zeit sind sie grau statt grün. Wer aber grün vor Ärger wurde, das sind die Anwohner, denn ihnen wurden die wenigen Parkmöglichkeiten auch noch genommen. Abgesehen von den Parkplätzen ist manchmal sowieso kein Durchkommen mehr. Denn so sieht es an sechs Tagen in der Woche aus. ...



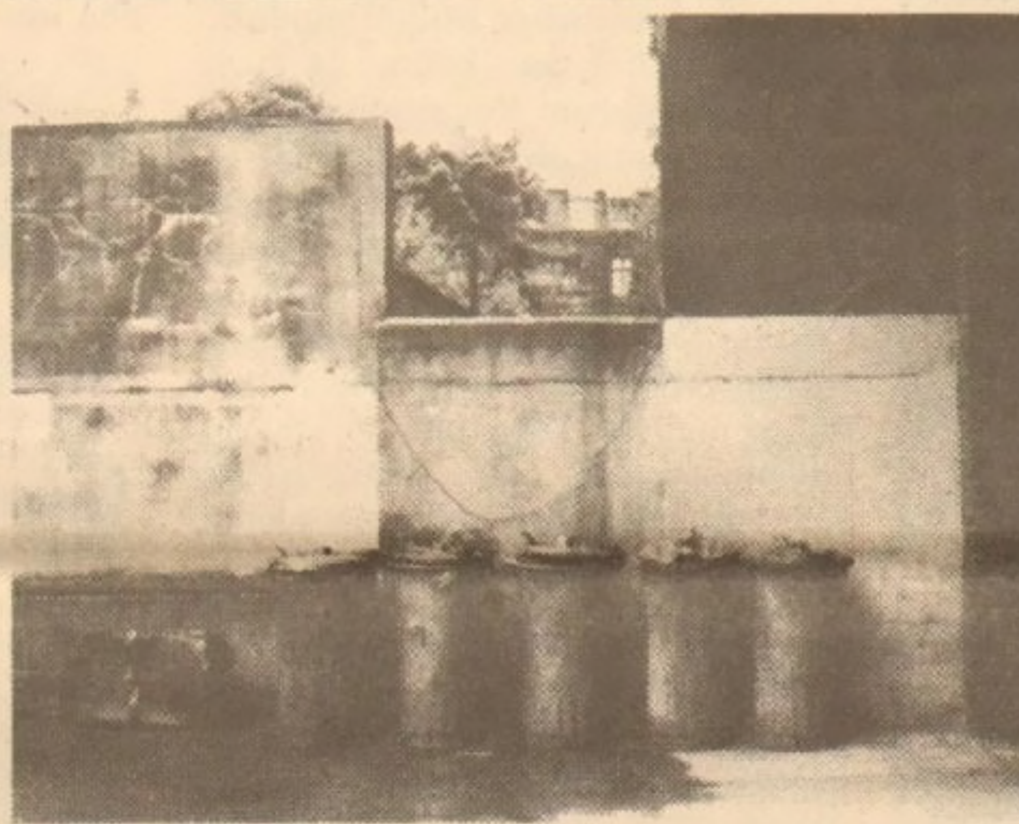
Gebaut wird ständig,denn das eine Jahr werden Telefonleitungen gelegt, das andere Mal muß die Fernheizung gemacht werden. Und dann wackeln die Wände, Risse entstehen und man kann sich nur noch die Ohren zuhalten.



Die Busse fahren in langen Schlangen hintereinander, die Lastwagen kommen nicht aneinander vorbei, hier eine Mischmaschine und dort ein Preßlufthammer, bis sich alles vor der Haustür staut.



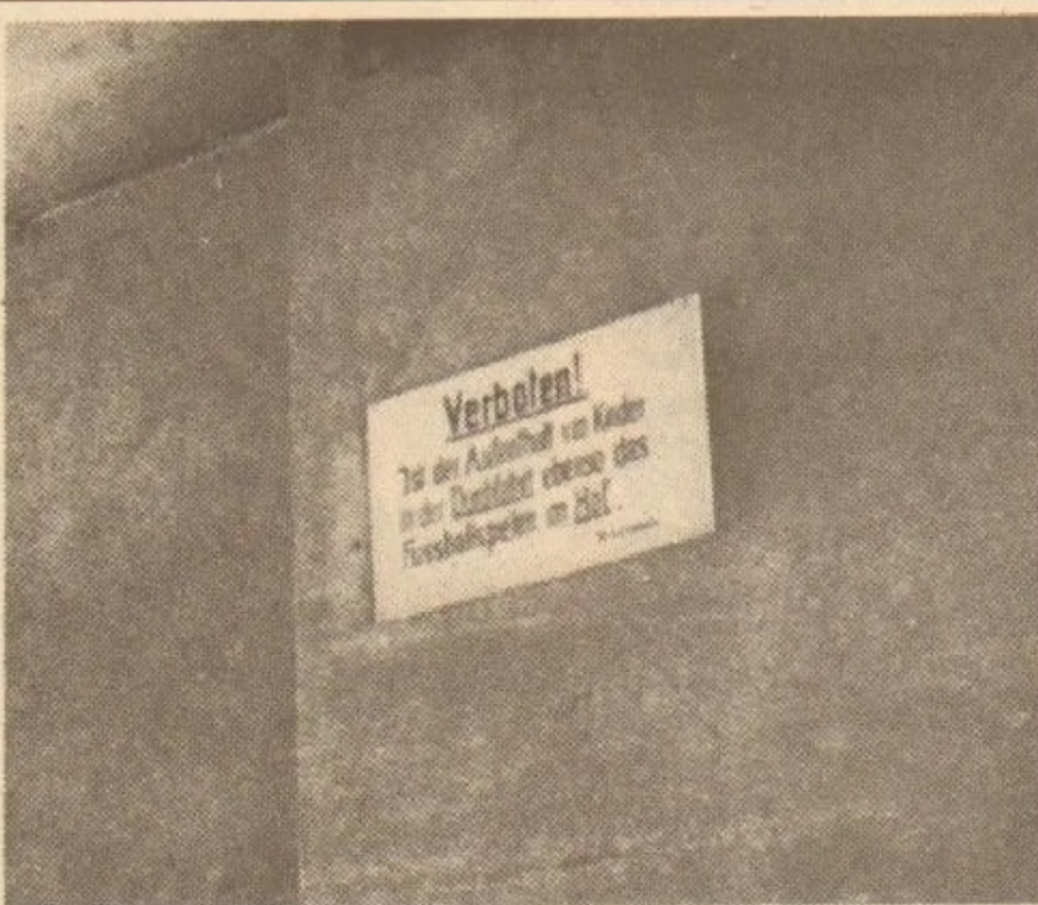
Alles mögliche wird gebaut und verlegt, was aber nicht gemacht wurde ist die Kanalisation. Und nach Regengüssen, die hier leider üblich sind, sah es dann im Hof und Keller so aus.



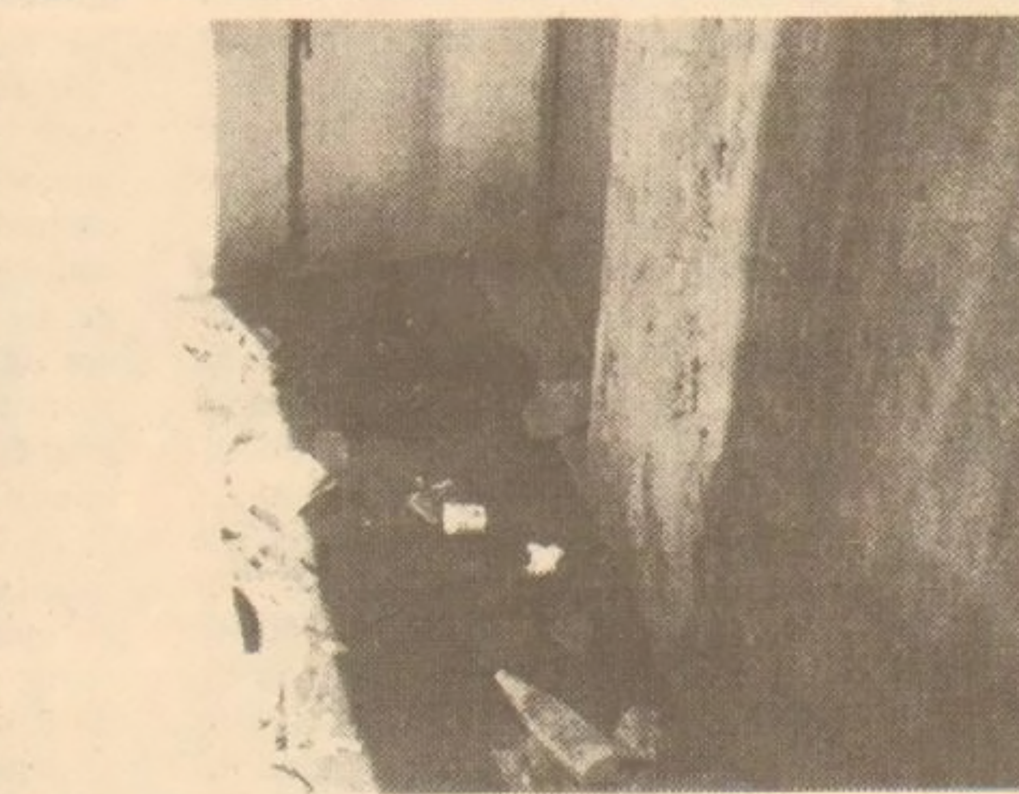
Und da hört man dann: Das muß man halt in Kauf nehmen, wenn man schon eine „Sozial"wohnung hat. Das sind eben die Schattenseiten des Lebens.



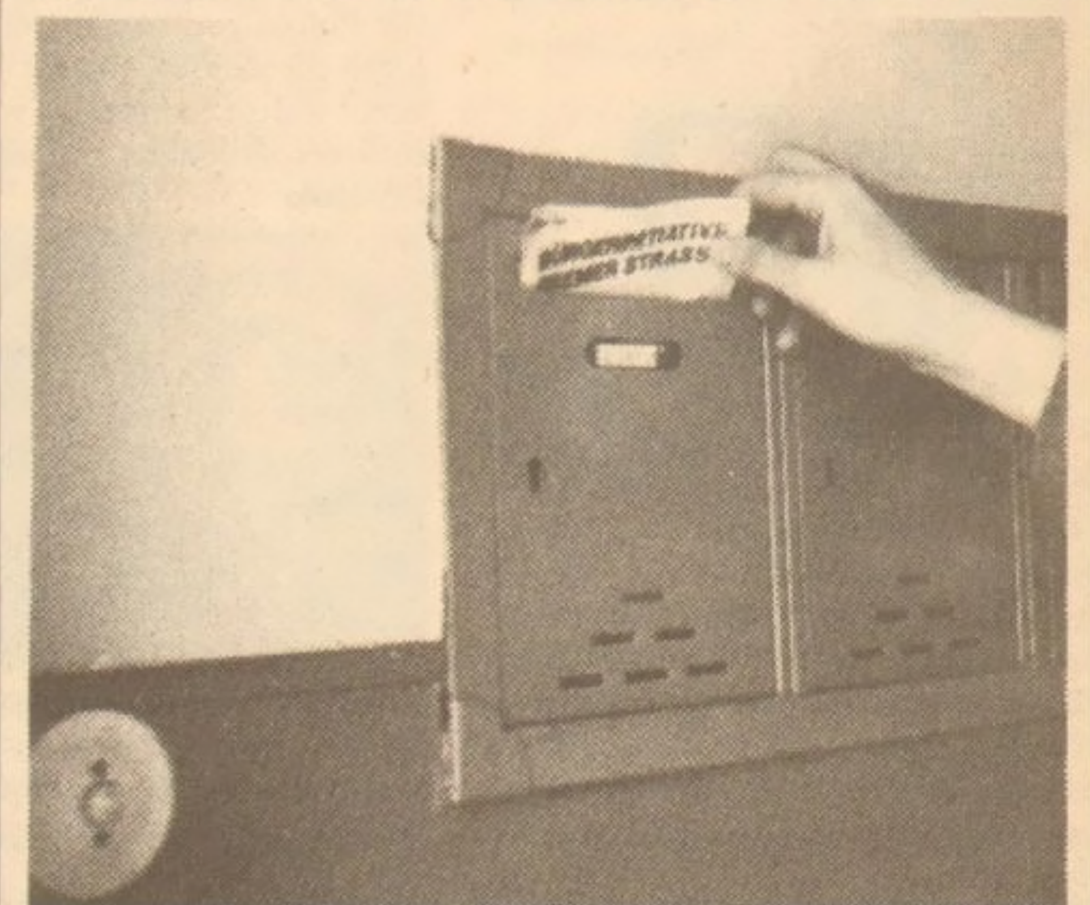
Und so sieht diese Schattenseite aus.



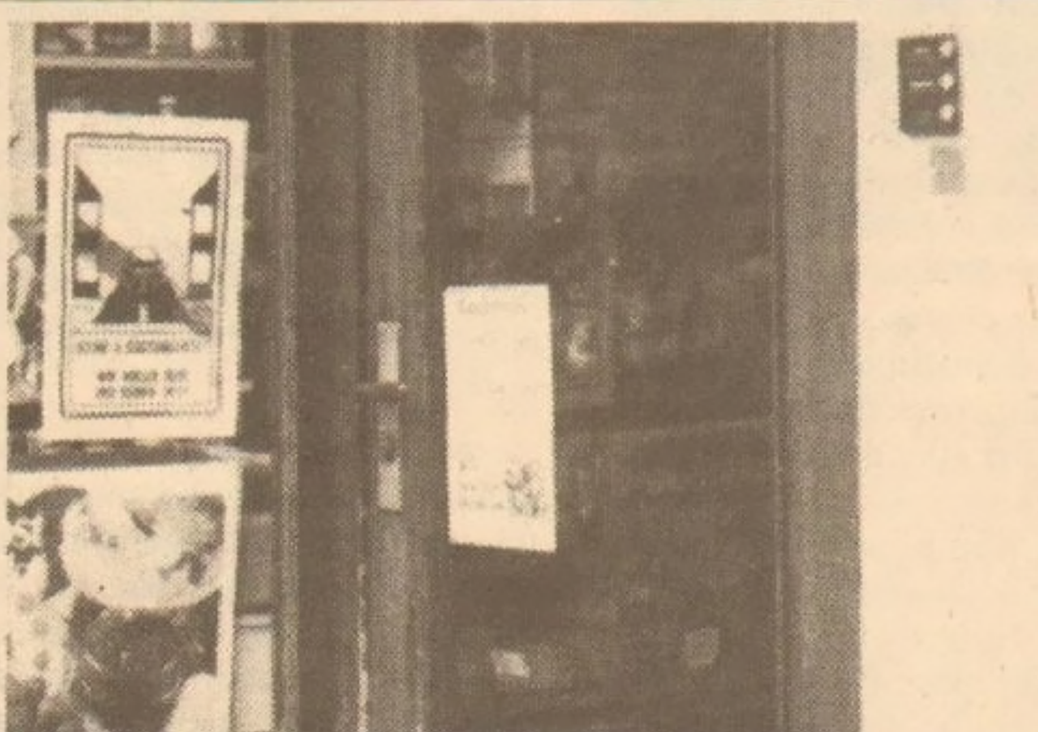
Die Kinder wollen spielen, dürfen es aber nicht.



Da suchen sie sich eben ihre eigenen Sandkästen, denn sie auf die Straße zu schicken, ist zu gefährlich.
Hier hat Zilles Spruch noch Gültigkeit: „Kinder, laßt die Blume stehen, spielt lieber beim Müll."



Doch einmal ist Schluß damit. Die Anwohner wehren sich.



Auf einer Versammlung der Bürgerinitiative entlud sich der Unmut. Sie wissen, daß sie Stiefkinder in der Stadt sind. Und auch die geladenen Stadträte konnten ihn nicht dämpfen. All ihre Methoden zogen nicht mehr so recht. Der Friseur faßte es in einem Satz zusammen: Das Einseifen, das kenne ich.



Auch in anderen Stadtteilen regt sich der Unmut gegen diese Städteplanung, die nur darauf ausgerichtet ist, die Wege in die Stadt, zu den Geschäften zu ebnen, so daß aus dem Umkreis mehr Käufer angezogen werden und das Geschäft floriert. Die aber nicht das Wohl der Anwohner im Auge hat. Der Unmut hierüber ist groß, doch ist das richtige Mittel noch nicht gefunden worden. Freund und Feind sind noch nicht richtig erkannt.

Mit unseren Sorgen und mit unserem Kampf stehen wir nicht alleine da. Auch in anderen Stadtteilen regt sich der Unmut. So in der Bremerstraße. So in dem Wohnviertel, durch das die Südtangente geschlagen werden soll. Sicher — da tauchen dann die Herren von der SPD auf, machen in Opposition (hier in Münster stellt die CDU den Bürgermeister), da mischen sich Hausbesitzer ein: Sie alle wollen ihr Süppchen kochen, Bürgerinitiativen in ihrem Sinn beeinflussen und die Werktätigen vom Kampf abhalten.
Aber damit kommen sie nicht durch. Bei der Südtangente zum Beispiel war die Empörung sehr stark. Hier soll ein erst vor zwei Jahren errichteter Abenteuerspielplatz vernichtet werden, ganze Häuserreihen sollen abgerissen werden. Eine Bürgerinitiative wurde gebildet und da mischten auch einige Leute mit, die versuchten, diese Initiative klein zu halten und breite Aktivitäten zu verhindern. Aber es wurde darum gekämpft, eine große Veranstaltung zu organisieren, um Maßnahmen zu beschließen und Vertreter der Bewohner zu wählen. Und 200 Menschen aus dem Stadtteil kamen dann zu dieser Veranstaltung. Viele von ihnen erklärten sich bereit, aktiv in den Arbeitsgruppen der Bürgerinitiative mitzuarbeiten. Wirklich ein Erfolg, auf dem man im Kampf gegen die Südtangente weiter aufbauen kann.

UNO-Kongreß gegen Rassismus

In Genf tagen Vertreter von über 100 UNO-Mitgliedstaaten und Abgesandte von Befreiungsbewegungen aus Afrika und Nahost, um über Rassismus und Rassendiskriminierung sowie über Möglichkeiten zu deren Bekämpfung zu beraten.

Die Zionisten aus Israel zogen es genauso vor, diesem Kongreß fernzubleiben, wie die Rassisten aus Südafrika und ihre imperialistischen Ziehväter in den USA. Und das wohlweislich aus guten Gründen. Über die menschenverachtende Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika brauchte nicht viel gesprochen zu werden. Allzu offensichtlich ist der Rassismus dort, und allzu kläglich sind die Versuche der Vorster-Bande, sich zu verteidigen.

Aber auch die israelischen Zionisten, die glauben, sie könnten aus der berechtigten Unterstützung, die alle aufrechten Menschen den vom Hitler-Faschismus verfolgten Juden entgegengebracht haben, für sich Kapital schlagen, sind nichts anderes als Rassisten. Sie vertrieben den größten Teil des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat und nannten das zynisch „eine wunderbare Reinigung des Landes" — so der Zionisten-Führer Weizmann. Auch heute praktiziert der israelische Staat tagtäglich barbarische Rassendiskriminierung und die Unterdrückung der einheimischen Palästinenser: Arabisches Eigentum wird enteignet, arabische Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht. Städte mit rein jüdischer Bevölkerung werden gegründet, in denen die Arbeiter kein Haus und kein Grundstück erwerben können. Die Araber werden zu Gastarbeitern im eigenen Land degradiert, die als billige, rechtlose Arbeitssklaven gehalten werden.

Und wie sieht es mit den amerikanischen Imperialisten aus, die ja auch die Hintermänner des Regimes von Israel und Südafrikas sind? Seit langem schon ist bekannt, wie die 7,5 Millionen Schwarzen in den USA als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Da helfen auch die Menschenrechtsphrasen des US-Präsidenten Carter nicht, der mit seinen Angriffen gegen Moskau die eigenen rassistischen Schandtaten verdecken will. Wie sieht es denn aus unter der schwarzen Bevölkerung: Arbeitslosigkeit über 15 Prozent, bei Jugendlichen bis 40 Prozent; das Einkommen liegt bis zu 42 Prozent unter dem von Weißen; die Lebenserwartung ist um sieben Jahre geringer usw. Und immer noch sind die US-Imperialisten dabei, ganze Indianerstämme auszurotten, zu vernichten. Kein Wunder also, wenn diese Leute meinen, sie sollten einem Kongreß gegen den Rassismus lieber fernbleiben.

USA: Nationalgarde rückt in Memphis ein



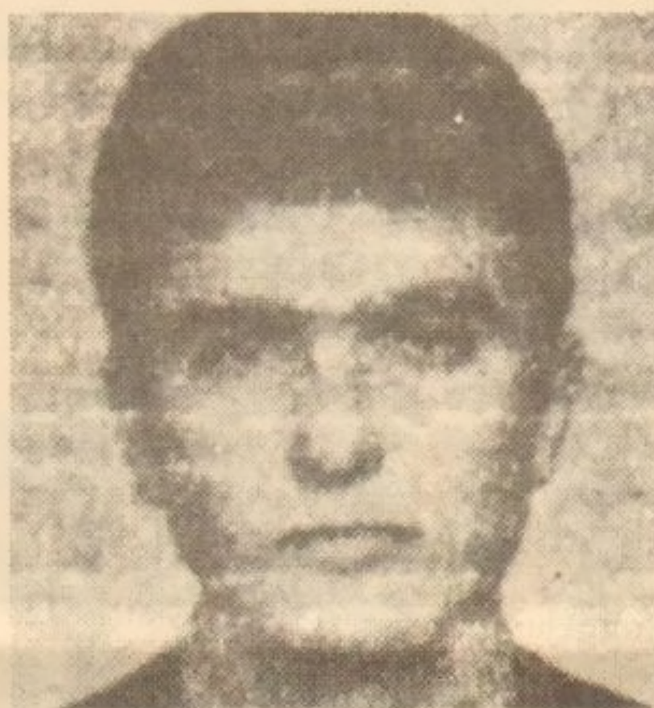
Die amerikanische Stadt Memphis im Bundesstaat Tennessee stand in der vergangenen Woche faktisch unter Kriegsrecht. Starke Einheiten der Nationalgarde zogen in die Stadt ein. Der Grund: Angehörige der Feuerwehr und der Polizei waren in den Streik getreten. Wie berichtet wird, wurde eine große Anzahl von Streikenden verhaftet.

Türkei: Feiger Mord an zwei Genossen

Am 30. 7. dieses Jahres hatte sich in der türkischen Stadt Adana ein heftiger Kampf gegen eine faschistische Bande entwickelt. Diese Bande wollte im Stadtteil Yavuz einen Verein eröffnen. Unter den Antifaschisten, die diese Provokation schließlich erfolgreich verhindern konnten, darunter auch viele Genossen von Halkin Kurtulusu, waren auch die Genossen Oktay Cigdemal und Faysal Kelleci aus dem Stadtteil Meydan. Als die beiden nach der Aktion nach Meydan zurückkehrten, sahen sie dort Anhänger der Zeitung Aydinlik (ein Organ der „Drei-Welten-Revisionisten), die dort ihr Machwerk vertrieben. Diese Leute wurden von den Genossen aufgefordert, den Verkauf einzustellen. Denn die Aydinlik-Revisionisten hatten neben anderen üblen Gaunerstücken auch viele Revolutionäre bei der Polizei denunziert, darunter auch Bewohner von Meydan.



Oktay Cigdemal



Faysal Kelleci

Plötzlich waren die beiden Genossen von einer ganze Reihe dieser Revisionisten eingekreist, die sich bislang im Hintergrund gehalten hatten. Sie griffen Oktay und Faysal mit Messern und Steinen an und ermordeten sie durch Stiche in den Hals. Die Bevölkerung von Meydan vertrieb die Mörder mit Stöcken und Steinen. Die Polizei von Adana unternahm nichts gegen die Mörder, obwohl ihre Namen bekannt waren. Stattdessen wurden die Vereine revolutionärer Organisationen geschlossen.



Unser Bild zeigt den Trauerzug für die beiden ermordeten Genossen, der zu einer machtvollen Kundgebung gegen das türkische Regime und die Aydinlik-Bande wurde.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Bandeira Vermelha
ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUES (RECONSTRUIDO)

Portugal

VANGUARDIA OBRERA
SEMANAL

Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen"

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 433691 u. 433692, Postfach 300526

Hua auf dem Balkan

Chinesische Revisionisten als Kriegstreiber im Dienste Washingtons

Hua auf Weltreise. Es ist das erste Mal, daß ein chinesischer Parteichef Europa besucht. Ausgedehnte Gespräche mit den rumänischen und jugoslawischen Revisionisten stehen auf dem Programm. Und ihren würdigen Abschluß wird Huas Tournee am Hof des Schahs vom Iran finden. Eine deutliche und demonstrative Geste, mit der die Pekinger Revisionisten dem Henker auf dem Pfauenthron gerade jetzt den Rücken stärken, wo sein Regime durch die anhaltenden mächtigen Volkskämpfe angeschlagen ist.

Es ist kein Zufall, daß Huas Reise nach Bukarest und Belgrad führt (Bonn, Paris usw. sollen demnächst folgen). Denn Rumänien und Jugoslawien nehmen in der reaktionären chinesischen Außenpolitik eine Schlüsselrolle ein. Im Pekinger Jargon sind die Führungen dieser Länder leuchtende Helden im Kampf für die nationale Unabhängigkeit. So feiert denn auch Hua nach seiner Ankunft in Bukarest das rumänische Regime als ein standhaftes Bollwerk, das „sich allen Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und der Politik des Diktats widersetzt."

Wahrhaftig ein Witz, wenn man bedenkt, daß dieses Land sowohl im RGW, der unter dem Moskauer Diktat stehenden Wirtschaftsorganisation, wie auch dem Warschauer Pakt, dem aggressiven östlichen Militärbündnis, angehört. Und man konnte ja auch den chinesischen Revisionisten-Boß beim vertraulichen Händeschütteln mit rumänischen Warschauer-Pakt-Offizieren sehen. Hat denn das rumänische Regime jemals ernsthafte Schritte unternommen, um diese imperialistischen Bande Moskaus zu zerreißen und den Weg einer wirklichen Unabhängigkeit zu beschreiten? Nein, dieses Regime ist einen anderen Weg gegangen, den der schrittweisen Annäherung an den amerikanischen Imperialismus. Und genau das ist es auch, was die Bukarester Revisionisten zu bevorzugten Partnern ihrer chinesischen Gesinnungsfreunde macht.

Nixon in Bukarest

Schon 1969, auf dem Höhepunkt der amerikanischen Aggression gegen die Völker Indochinas, empfing der rumänische Parteichef Ceaucescu den US-Präsidenten Nixon in Bukarest und tanzte mit ihm auf den Straßen der Hauptstadt die „Hora", genauso wie er es letzte Woche mit Hua machte. Es war das erste Mal, daß ein Präsident der amerikanischen Supermacht seinen Fuß auf den Boden eines Landes des Moskauer Imperiums setzte. Die Rechnung Washingtons war klar: Für sie sollte Rumänien das Einfallstor sein, über das sie ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß auf Osteuropa verstärken könnten. Und die Machthaber in Bukarest erhofften sich von dem Flirt mit den Wallstreet-Monopolen einen Dollar-Segen für die ruinierte Wirtschaft des Landes. Sie wollten nach dem Vorbild Titos eine sogenannte „Politik des Gleichgewichts" zwischen den Blöcken beginnen.

Schon damals warnte die Partei der Arbeit Albaniens: „Jedermann sieht, daß die Politik des Gleichgewichts zwischen den imperialistischen Wölfen eine nicht nur nicht gut überlegte Politik, sondern auch allzu naiv ist. Seiltanzen ist gefährlich, man kann dabei stürzen und sich den Hals brechen. So mancher hat diesen Weg versucht, doch niemals viel Glück dabei gehabt. So mancher kann sich auch einbilden, durch die politische Annäherung an den amerikanischen Imperialismus sich eine ökonomische Hilfe erhoffen zu dürfen. Aber was das Ende der amerikanischen Großzügigkeit ist, das wissen alle. Man erhält sie, indem man die Freiheit und die Souveränität des Volkes dafür verpfändet, die man nicht mehr so leicht aus den räuberischen Klauen der amerikanischen Monopole losmachen kann" („Zeri i Popullit", 11.6.69).

Genau das hatte sich schon in Jugoslawien gezeigt, wo die Tito-Clique ihren „Sozialismus nach Art Jugoslawiens" mit amerikanischen Krediten aufbauen wollte und schrittweise den Ausverkauf des Landes an die amerikanische Supermacht betrieben hatte. Und in den Fußstapfen Titos wandelten die Ceaucescu und Co. Die US-Ölmonopole wurden eingeladen, die Ausbeutung der reichen rumänischen Erdölvorkommen in die Hand zu nehmen. Eine Reihe von zwischenstaatlichen Organisationen wie der „Rumänisch-amerikanische Wirtschaftsrat" wurden gegründet, um dem US-Kapital den Weg nach Rumänien zu erleichtern, gemeinsame kapitalistische Gesellschaften wurden geschaffen usw. usf.

Peking will mitmischen

Das ist also die angebliche Unabhängigkeit Rumäniens, die von den chinesischen Revisionisten so sehr in den Himmel gehoben wird. In Wirklichkeit ist sie nichts als eine doppelte Abhängigkeit, nämlich sowohl von der russischen, wie auch von der amerikanischen Supermacht. Wenn Hua jetzt in Bukarest wieder seine bekannten Reden gegen den „Hegemonismus" schwang, dann zeigt das eines ganz deutlich: Bei dem Poker, der Rivalität der beiden Supermächte in Rumänien und auf dem Balkan allgemein will Peking aktiv mitmischen. Denn vor Huas Reise hatten es die chinesischen Revisionisten noch einmal herausgestellt, daß sie mit diesem „Hegemonismus" allein den Sozialimperialismus meinen, daß sie jede militärische Anstrengung des westlichen Kriegsblocks gegen den östlichen bedingungslos unterstützen. So lobten sie: „Gegenwärtig verstärken die von der Sowjetunion bedrohten westeuropäischen Länder ihren Zusammenschluß, und ihr Widerstandskampf entwickelt sich von Tag zu Tag" (Peking Rundschau, 29/78) Gemeint ist die gewaltige Aufrüstung der europäischen NATO-Länder, allen voran die Deutsche Bundesrepublik, die Entwicklung immer neuer Waffensysteme, die Aufstockung ihrer Armeen und nicht zuletzt die zunehmende Verlagerung amerikanischer Militärverbände auf das Territorium der Länder Westeuropas.

Und zu einem solchen „Widerstandskampf" will Hua auch die Regimes von Bukarest und Belgrad ermuntern. Ist es da ein Wunder, wenn westliche Zeitungen seine Bemühungen direkt auf eine Stufe mit der amerikanischen „Eindämmungspolitik" gegenüber der Sowjetunion stellen? So kommt der chinesische Revisionisten-Chef als Schrittmacher der amerikanischen Supermacht auf den Balkan als einer, der alles daran setzt, unter dem Deckmantel des „antihegemonistischen Kampfes" die Regimes dieser Länder noch weiter in die Arme Washingtons zu treiben. Es liegt auf der Hand, daß diese Politik Pekings große Gefahren für die Völker dieser Region in sich birgt. Denn jede weitere Einflußnahme der US-Imperialisten steigert unvermeidlich die erbitterte Rivalität der beiden Supermächte. Natürlich werden die Sozialimperialisten einem Vorrücken Washingtons nicht tatenlos zusehen. Sie betrachten Rumänien nach wie vor als Bestandteil ihres Kolonialreichs. (Das machte Breschnew in aller Deutlichkeit klar, als er unmittelbar vor dem Hua-Besuch den rumänischen Revisionisten-Chef zu sich zitierte.) Sie hoffen auch, nach dem Tod Titos die unstabile Lage in Jugoslawien ausnutzen zu können, um diese Land ganz in ihre Klauen zu bekommen.

Genauso stehen auch die amerikanischen Imperialisten Gewehr bei Fuß. Seit langem schon laufen ihre Kriegsschiffe die jugoslawischen Häfen an, in denen auch die russische Flotte stets einen Ankerplatz findet. Und im letzten September ankerte das US-Kriegsschiff „Charles Adams" gar im rumänischen Schwarzmeer-Hafen Konstanza, um hier — direkt vor der Haustür Moskaus — die Stärke der amerikanischen Kriegsmaschine zu demonstrieren. In dieser Situation gießen die chinesischen Revisionisten Öl ins Feuer, schüren sie die Spannungen und handeln sie als aktive Kriegstreiber, wenn sie in Belgrad und Bukarest die Trommel für den „antihegemonistischen" Kampf unter dem Kommando Washingtons rühren.

Provokation gegen Albanien

Die albanischen Genossen haben in ihrem Brief vom 29. Juli an die chinesischen Revisionisten (siehe RM 32/78) enthüllt, daß Peking mehrere Male versucht hat, das sozialistische Albanien in diese konterrevolutionäre Politik hineinzuziehen. Sie wollten Albanien weitgehend entwaffnen und in einen Militärpakt mit den rumänischen und jugoslawischen Revisionisten zwingen. Ihr Ziel war es, auch aus dem einzigen sozialistischen Land Europas einen Spielball der amerikanisch-chinesischen Militärstrategie zu machen. So sieht es also wirklich aus mit dem angeblichen Beistand für den Kampf um die Unabhängigkeit, um den die chinesischen Führer solchen Wind machen. Denn im Gegensatz zu den reaktionären bürgerlichen Regimes in Belgrad und Bukarest, die sich mal vor Moskau und mal vor Washington beugen, ist das sozialistische Albanien wirklich unabhängig. Die Partei der Arbeit Albaniens hat sich weder für Rubel noch für Dollar kaufen lassen. Sie hat unbeirrbar jedem Druck der reaktionären Kräfte — auch der chinesischen — standgehalten. Unter ihrer Führung baut das Volk erfolgreich den Sozialismus auf.

Und all das wollten die chinesischen Führer zerstören, die Unabhängigkeit Albaniens vernichten. Sie sind damit gescheitert. Aber sie haben ihre reaktionären Pläne nicht aufgegeben. Ihre Aktivität auf dem Balkan, ihr Pakt mit Belgrad und Bukarest unter der Schirmherrschaft Washingtons sind auch Versuche, den Ring der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung um das sozialistische Albanien enger zu ziehen. Dazu gehört auch die offene Ermunterung der Tito-Clique, die seit jeher feindliche Absichten gegen Albanien hegt, die im Laufe der Jahre viele Provokationen bis hin zu militärischen Sabotageakten gegen das Nachbarland unternommen haben.

Am sozialistischen Albanien werden sich die Imperialisten und Reaktionäre aller Schattierungen auch weiterhin die Zähne ausbeißen. Und für die anderen Völker des Balkan, die nicht zum Kanonenfutter der imperialistischen Kriegstreiber werden wollen, gibt es nur einen Weg zur wirklichen Unabhängigkeit. Das ist der Weg der Revolution, des Kampfes für den Sturz der bürgerlichen Ausbeuterregimes und die Vertreibung ihrer imperialistischen Hintermänner.

Vor 25 Jahren

Der CIA putscht den Schah auf den Thron

„Ich hoffe, wir werden niemals vergessen, was dieser Tag bedeutet." Das sagte der Schah über den 19. August, an dem „mein Land den Tag der Nation und der Befreiung von Fremdmächten feiert". Vor dem diesjährigen 19. August ließ der Henker auf dem Pfauenthron das Kriegsrecht über mehrere Städte verhängen, seine Armee gegen demonstrierende Werktätige aufmarschieren und Massenverhaftungen vornehmen. Er weiß: Auch das Volk hat nicht vergessen, „was dieser Tag bedeutet". Denn der 19. August ist der Tag, an dem der amerikanische Geheimdienst CIA den Schah an die Macht putschte. Und dieser Tag jährte sich am vergangenen Wochenende zum 25. Mal.

Blicken wir kurz zurück auf die Ereignisse von 1953, auf jene Tage, in denen das Vierteljahrhundert der faschistischen Blutherrschaft im Iran begann. Am Anfang der Ereignisse steht — wie sollte es auch anders sein — das Erdöl, der größte natürliche Reichtum des Iran. Und dieser Reichtum war in den Händen der britischen



Zwei Tage vor dem Putsch: Das Volk holt die Pahlavi-Statuen herunter

Imperialisten. Genauer: es war die Anglo-Iranian Oil Company (die heutige BP), die unermeßliche Profite aus der Ausplünderung des iranischen Öls zog. Eine bezeichnende Zahl: Allein im Jahr 1950 war der Reingewinn der Anglo-Iranian höher als die Anteile, die der iranische Staat im Verlauf von 50(!) Jahren aus der Ölproduktion bezog.

1951 kommt in Teheran die national-bürgerliche Regierung von Mohammad Mossadegh ans Ruder. Eine ihrer ersten Maßnahmen: Verstaatlichung der Öl-Industrie. Obwohl diese Maßnahme nur halbherzig ist und beispielsweise weitgehende Entschädigungen für die Anglo-Iranian vorsieht, wollen die Herren in den Chef-Etagen des Öl-Multis die Verstaatlichung nicht hinnehmen. In ihrem Auftrag schickt der britische Kriegsminister einen großen Teil der Flotte vor die Küsten des Iran. Und dann geht es Schlag auf Schlag.

Alle britischen Spezialisten der Anglo-Iranian werden aus Persien abgezogen, die iranischen Guthaben auf britischen Banken werden eingefroren, wodurch der Außenhandel Teherans fast zum Erliegen kommt. Und dann folgt der totale Boykott. Alle Käufer iranischen Erdöls werden von der britischen Regierung mit gerichtlicher Verfolgung bedroht. In den Boykott schaltet sich auch das internationale Öl-Kartell ein, das von den mächtigsten Öl-Monopolen (fünf amerikanischen und zwei britischen) gebildet wird. Das Kartell bedrohte alle Reedereien der Welt mit der sofortigen Kündigung der Aufträge, falls sie iranisches Öl transportieren würden. Der Erfolg: Während der ganzen dreijährigen Regierungszeit Mossadeghs liefen nicht mehr als 40 Öltanker aus iranischen Häfen aus.

Während dieses brutalen Wirtschaftskriegs gegen den Iran hatten immer mehr die amerikanischen Imperialisten die führende Rolle übernommen. Sie waren im Ölkartell bei weitem die stärkeren und durch den Ausfall der Produktion von Anglo-Iranian auf den persischen Ölfeldern konnten sie ihre Position gegenüber den britischen Konkurrenten noch weiter verbessern. Sie waren es auch, die sich nicht damit begnügten, den Iran wirtschaftlich zu ruinieren, sondern die auch daran gingen, sich aktiv politisch und militärisch in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Ihr Ziel war es dabei, die Regierung Mossadegh zu stürzen, wobei sie natürlich nicht die verstaatlichte Anglo-Iranian für die britischen Konkurrenten zurückgewinnen, sondern ihre eigene Herrschaft über den Iran errichten wollten.

Im Jahre 1953 kam es zu heftigen Klassenkämpfen im Iran. Die Kräfte



Demonstration gegen das Schah-Regime in Shiras (August 1978)

der finstersten Reaktion, der Grundbesitzer, der hohen Geistlichkeit, des Offizierskorps machten gegen die Regierung Mossadegh mobil. An der Spitze dieser Elemente standen der Schah Reza Pahlewi und sein Hof. Verschwörungen, Mordanschläge waren an der Tagesordnung. So versuchte etwa im Frühjahr der General Zahedi einen reaktionären Putsch gegen die Regierung. Die breiten Massen der iranischen Werktätigen traten diesen Elementen entgegen. Sie forderten unter anderem die Verjagung des Schahs und die Errichtung einer Republik.

In dieser Situation trifft im Sommer 1953 der General Norman Schwarzkopf als Beauftragter des CIA in Teheran ein. Er nimmt sofort Kontakt mit dem Putschisten-General Zahedi auf, der sich seit dem mißglückten Staatsstreich vom Frühjahr versteckt hält. Zur gleichen Zeit treffen in der Schweiz der CIA-Chef Dulles, der US-Botschafter in Teheran, Henderson und die Schwester des Schah, Prinzessin Ashraf, zusammen. Die Einzelheiten der Verschwörung werden erörtert und wenig später, am 15. August, schlagen die Putschisten zu. Der Schah übergibt dem Chef seiner Leibwache, Oberst Nassiri, den Rücktrittsbefehl für Mossadegh. Zahedi wird zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Aber noch einmal scheitert der Putsch. Mossadeghs Haus ist von starken regierungstreuen Einheiten bewacht. Der Oberst Nassiri wird verhaftet, die Leibgarde des Schah entwaffnet. Und der Schah selbst setzt sich eilends nach Rom ab.

Die Putschisten geraten in Hektik. CIA-Agent Edward G. Donally tauscht bei der Bank Melli Iran in Teheran 390.000 Dollar in die einheimische Währung um. Mit diesem Geld werden von den Mullahs, den Geistlichen, Tausende von deklassierten Elementen gekauft, die in den Straßen Teherans den „Volkszorn" gegen die Regierung spielen sollen. An der Spitze dieses Haufens rollt ein Panzer des Generals Zahedi. Dieses Mal, am 19. August, wird das Haus Mossadeghs mit Granatfeuer zerstört, seine Wache zusammengeschossen. Drei Tage später, am 22. August, kommt der Schah zurück. Seine amerikanischen Hintermänner setzen ihn wieder auf den Pfauenthron. Und das Ergebnis?

Bei dem heftigen Geschacher um das iranische Öl, das jetzt zwischen den Konzernen des Ölkartells einsetzt, können die amerikanischen Gesellschaften sich immerhin einen Anteil von 40% an der Beute sichern. In den folgenden Jahren gelingt es ihnen dann, die britischen Konkurrenten immer weiter zu verdrängen un den größten Teil der Reichtümer des Iran unter ihre Klauen zu bekommen. Sie sind jetzt die wahren Herren des Landes. Und das blutige Schahregime ist ihr Werkzeug, um die Volksmassen des Iran mit faschistischem Terror niederzuhalten. Die Werktätigen jedoch haben sich weder mit dem imperialistischen Joch, noch mit der grausamen Diktatur des Schah abgefunden. Davon zeugen die großen Kämpfe in den letzten Jahren. Davon zeugt nicht zuletzt die Tatsache, daß in diesen Tagen, wo der Schah den 25. Jahrestag seines Putsches feiert, er einige der größten Städte im Iran unter Kriegsrecht stellen muß.

Neue Massenkämpfe im Iran

Kriegsrecht über Isfahan

Das faschistische Schahregime bekommt die mächtige Massenbewegung im Iran nicht unter Kontrolle. In der vergangenen Woche ging wieder eine Welle von Kampfaktionen über das Land. Zehntausende von Werktätigen zogen auf die Straße. Sie fanden immer neue Sprechchöre für den Sturz des verhaßten Regimes, sie lieferten sich erbitterte Schlachten mit den Unterdrückungsorganen der Diktatur. Zentrum der Kämpfe in der letzten Woche war die Industriestadt Isfahan, mit einer Million Einwohnern die zweitgrößte Stadt des Landes.

Aber nicht nur dort, auch in anderen Städten wurde wieder gekämpft, gingen Bankpaläste und Büros der faschistischen „Rastakhiz"-Partei in Flammen auf. Und zum ersten Mal seit 25 Jahren, seit dem faschistischen CIA-Putsch im Iran (siehe Artikel auf dieser Seite), wurden Städte des Landes unter Kriegsrecht gestellt. Das zeigt deutlich, für wie bedrohlich das Regime die Lage inzwischen hält. In Isfahan fuhren Panzer an den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten auf, eine Unmenge von schweren Waffen wurde in die Stadt gebracht. Und die Truppen des Schahs machten Gebrauch von diesen Waffen: Sie richteten ihre Maschinengewehre direkt in die Demonstrationen der Werktätigen.

Auf diese Art haben die Schergen des Schahs seit Anfang des Jahres während der immer wieder aufflammenden Kämpfe Hunderter Menschen ermordet. Den Aufruhr jedoch konnten sie auch mit dem Blut des Volkes nicht ersticken. Jetzt haben sie in Isfahan und anderen Städten den Ausnahmezustand verkündet, das Kriegsrecht verhängt. Das bedeutet: nächtliche Ausgangssperren, Verbot jeder Zusammenkunft von mehr als drei Personen usw. Bei Zuwiderhandlung wird sofort geschossen. Militärgerichte wurden gebildet, von denen schon Hunderte zu langjährigen Strafen abgeurteilt wurden.

Inzwischen hat der Schah angedroht, das Kriegsrecht auf das ganze Land auszudehnen. Gleichzeitig beteuerte er jedoch, daß sein Regime die Situation fest im Griff hätte. Und immer neue Versionen werden in Teheran erfunden, wenn es darum geht, die Verantwortlichen für die Unruhen und Kämpfe der letzten Zeit zu benennen. Der Schah selbst sprach in der vergangenen Woche von „Moskauer Agenten". Sein Informationsminister, der iranische Goebbels, wußte es besser: für ihn waren es die Palästinenser, die hinter allem stekken. Und vor wenigen Wochen noch hatten die gleichen Leute behauptet, die Kämpfe in den iranischen Städten seien ein „Aufstand der Mullahs", der geistlichen Führer des Landes. So suchen diese Herren verzweifelt nach immer neuen Agenten-Geschichten, nur um von der Tatsache abzulenken, die sich ernsthaft schon lange nicht mehr leugnen läßt: daß es nämlich das Volk selbst ist, das dem verhaßten faschistischen Regime den Kampf angesagt hat.

Dieses Regime lastet immer schwerer auf dem Land. Es brachte den totalen Ausverkauf an die imperialistischen Monopole (in erster Linie die amerikanischen) und steigerte damit das Elend der breiten Massen. Heute leben 60% der Bevölkerung dieses Landes unter dem Existenzminimum. Die Inflation hat die atemberaubende Höhe von fast 40% erklommen. In der Hauptstadt Teheran gehen zwei Drittel eines Arbeiterlohns für die Miete drauf. Lebensmittel sind fast unerschwinglich, denn die Landwirtschaft des Iran ist weitgehend ruiniert, die kleinen Bauern sind von ihrem Boden vertrieben worden; nicht nur im Interesse der großen Grundbesitzer, sondern auch der ausländischen Monopole, die jetzt nicht nur Industriegüter, sondern auch Lebensmittel zu Wucherpreisen im großen Umfang in den Iran exportieren.



Und das versprochene Wirtschaftswunder durch die Ölproduktion? Ganz abgesehen davon, daß den weitaus größten Happen bei dem Ölgeschäft sowieso die amerikanischen Konzerne, die Standard Oil, Mobil, Texaco usw. einstecken. Auch das, was für den iranischen Staat übrig bleibt, fließt auf einem Umweg in die gleiche Richtung: in die USA. Denn zwei Drittel der Öleinnahmen steckt das faschistische Regime in den Kauf immer neuer amerikanischer Waffensysteme, in den Unterhalt seiner Armee und der 30.000 US-Militärberater, die faktisch diese Armee kommandieren.

In der vergangenen Woche hat der Schah die Armee im ganzen Land in Alarmbereitschaft versetzt. Gleichzeitig hatte er die Stirn, von einer „Demokratisierung" des Landes zu reden. Einige Figuren aus seinem Hofstaat machen gegenwärtig auf „gemäßigte Opposition". Die Absicht ist deutlich: Einerseits soll das Volk die geballte Macht des Gewaltapparats zu spüren bekommen, andererseits sollen Illusionen über einen Wandel des Regimes erzeugt werden. Aber ein Vierteljahrhundert der faschistischen Diktatur hat den Massen gezeigt, daß dieses Blutregime sich niemals ändern wird, daß es gewaltsam gestürzt werden muß.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Hanauer Bevölkerung wird durch Cadmium vergiftet

Leiden Sie unter Husten oder an Müdigkeit oder sogar an Kurzatmigkeit? Stellte der Arzt in den letzten Monaten einen chronischen Schnupfen mit Rückbildung der Schleimhaut, Eiweißausscheidungen im Urin oder sogar eine Nieren- bzw. eine Leberschädigung fest? Wohnen Sie in Hanau oder Umgebung? — Dann gehören Sie zu den Leuten, die vielleicht schon eine Cadmium-Vergiftung haben.

Im Hanauer Raum wird seit 1974 bei Messungen der Luft ein hoher Cd-Gehalt festgestellt. Konsequenz der Behörden: Seit 1976 werden regelmäßige (!!!) Messungen durchgeführt. Der dabei festgestellte Cd-Gehalt ist erwiesenermaßen extrem hoch. Cd ist eine zinkähnliche Verbindung und hoch giftig. Es hat verheerende Auswirkungen auf Mensch und Tier. Das besonders heimtückische ist, daß Cd erst nach zwei oder mehr Jahren im Körper wirksam wird, und dann erst treten die Erkrankungen auf. „Blitz Tip" vom 23.3.78: „Bei 50jährigen Menschen hat man festgestellt, daß sie bereits 10-15 mg Cd in ihren Nieren gespeichert haben."

Woher kommt denn nun das Cd, das die Hanauer Bevölkerung langsam, aber sicher vergiftet?

Da ist zuerst die Firma Degussa. (Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt), die große Mengen Cd verwendet. Es wird bei Legierungsprozessen von Gold und Silber gebraucht, damit diese geschmeidiger werden. Jeder Beschäftigte in der Degussa weiß, was Cd ist, und sieht die Mengen, die allein in diesem Betrieb verwendet werden.

Im Hanauer Stadtteil Wolfgang ist der zweitgrößte Cd-Verwender zu finden, die Brennelementefirmen NUKEM, ALKEM und RBU. Nicht nur, daß sich in Wolfgang das größte Plutoniumlager Deutschlands, wenn nicht sogar Europas, befindet, das allein schon eine riesige Bedrohung der Bevölkerung darstellt, nein, große Mengen Cd fallen bei der Reinigung der Kernbrennstoffe ab. Und während so die eine Nuklearfirma RBU durch ihre Brennelementeherstellung für den hohen Cd-Anteil im Hanauer Raum mitverantwortlich ist, will die andere Nuklearfirma NUKEM 30 ha Wald abholzen, in dem größten Naherholungsgebiet, der Bulau. Und das, obwohl jeder weiß, daß die Hanauer Luft schlecht ist, und daß es bei der hohen Cd-Belastung unbedingt notwendig ist, Grüngürtel zu erhalten und vor unverantwortlicher Zerstörung zu schützen.

Angesichts dieser Tatsachen stellt sich die Frage, was bisher gegen diese unzumutbaren Zustände getan wurde.

Zuerst einmal wurde die Vergiftung verheimlicht!!! Die Meßergebnisse von 1976 wurden erst am 7.3.78 veröffentlicht. Also erst, als das Gift schon anfing, in den Körpern der Menschen wirksam zu werden. Da in Hessen im Herbst die Landtagswahlen anstehen und man fürchtet, daß sich die Wut der Bevölkerung auf den Stimmzetteln ausdrückt, wurden die staatlichen Stellen jetzt aktiv. Aber wie? Der Hanauer Anzeiger vermeldete am 6.5.78: „Umweltminister Görlach kreist die Verschmutzer ein." In der Degussa erfolgte eine Umweltschutzkontrolle wegen des Cd. Allerdings hatte man dort die zweite Maschine vorsorglich vorher abgestellt. Die Kommission erteilte die Auflage, neue Filter einzubauen, aber nicht etwa in die jetzt benutzten Maschinen, sondern in die neuen Maschinen. Bis dahin darf die alte Anlage weiterfahren. Das Gewerbeaufsichtsamt, das die Kontrollen durchführt, hält sich die Finger sauber. Nach den Gesetzen kann es nämlich keine neuen Maschinen bestimmen, sondern nur verlangen, Mißstände abzustellen. Außer dieser „Einkreisung" des Umweltministers ist bisher kaum etwas geschehen — kein Umweltverschmutzer ist bisher bestraft worden, keiner Firma ist die Verwendung von Cd verboten worden.

So also sieht unsere „bessere" Luft aus — systematische Vergiftung der Bevölkerung — aber während des Wahlkampfes tönen alle Parteien, wie sehr sie für unsere Umwelt sorgen!!



Bereits vor Jahren fand man auf dieser Halde bei Hanau Tonnen mit hochgiftigen Zyaniden aus den Beständen des Degussa-Konzerns.

Giftmüllskandal in Hessen

Gefahr einer Katastrophe heraufbeschworen

600.000 Fässer mit hochgiftigen Stoffen lagern bereits in dem stillgelegten Bergwerk der Kali & Salz AG (eine Tochtergesellschaft des BASF-Konzerns) in Herfa-Neurode (Nordhessen). Cyanid, Quecksilber und viele andere gefährliche Gifte. Der Giftmüll stammt vor allem von ausländischen Unternehmen. Für die BASF-Kapitalisten ist die Ablagerung ein schönes Nebengeschäft: Sie kassieren 122,50 DM pro Tonne. Jetzt wurde mit der Einlagerung von 950 Fässern eines Kunden aus den USA begonnen, des Chemiekonzerns „Allied Chemical".

Dabei handelt es sich um das in den USA inzwischen verbotene krebserzeugende Pflanzenschutzmittel Kepone und um Rückstände aus Entlaubungsgiften, die von den USA bei ihrem verbrecherischen Krieg in Vietnam eingesetzt wurden. Nachdem „Allied Chemical" in den USA und England das Gift nicht loswerden konnte, haben sie endlich in der Bundesrepublik damit landen können. Die BASF-Bosse träumen davon, noch weit mehr mit ihrer Giftmülldeponie zu verdienen als bisher. Wie es heißt, bieten die Salzstollen Platz für vier Millionen Tonnen. Bisher sind hier 200.000 Tonnen eingelagert.

Aber auch schon diese 200.000 Tonnen Giftmüll bilden eine ungeheure Gefahr. Die Giftmenge, die hier konzentriert ist, reicht aus, um die gesamte Weltbevölkerung zu töten. Die Behörden, denen der Profit der BASF-Kapitalisten wichtiger ist als die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung, lügen: Es bestehe kein Risiko, die Salzstollen seien ein sicherer Schutz. Was sie verschwiegen haben: 1953 erschütterte ein tektonisches Erdbeben die Grubenfelder. Ein Teil des Grubenfeldes der Anlage Heringen ging dabei zu Bruch. Der Bergingenieur Hans Reinhardt, der sieben Jahre in den Kaligruben des Werratals gearbeitet hat, erklärte, damals sei nur durch einen glücklichen Zufall der Schacht nicht zusammengefallen und das Wasser aus den Dolomitschichten und aus der Werra nicht in das Grubenfeld gelaufen. Immerhin gingen damals die Risse und Spalten bis an die Erdoberfläche und führten zu erheblichen Schäden an Gebäuden, Straßen und Eisenbahnanlagen.

Hans Reinhardt widerlegte das Geschwätz von der angeblichen Sicherheit der Gruben. Er wies darauf hin, daß es eine ganze Reihe akuter Gefahrenquellen gibt: Wasserströme in den Dolomitschichten; kilometerlange Kohlensäuregänge, die unter hohem Druck stehen; das ganze Gebiet um die Deponie herum ist durch den Bergbau schachbrettartig durchlöchert. Bei einem Ereignis wie 1953 — so Reinhard — kann Wasser in die Deponie laufen. Ein unübersehbares Gemenge von Giftstoffen würde sich ansammeln und in den Kreislauf der unterirdischen Wasserströme gelangen. Das bedeutet eine gewaltige Katastrophe.

Warum werden giftige Industrieabfälle nicht vernichtet oder neutralisiert? Ist das etwa technisch nicht möglich? Selbstverständlich ist es möglich. Nur sind die Kosten eben höher. Die Monopolkapitalisten setzen lieber die Bevölkerung ungeheuren Gefahren für Gesundheit und Leben aus, riskieren eher unabsehbare Katastrophen, als daß sie freiwillig eine Minderung ihres Profits hinnehmen. Und der kapitalistische Staat unterstützt sie dabei.



Das sind die ersten 98 von 950 Giftfässern aus den USA, die in Hessen gegen den Widerstand der Bevölkerung gelagert werden sollen.

Jetzt, wo die Empörung in der Öffentlichkeit hohe Wellen schlägt, haben die Behörden eine „Überprüfung" zugesagt. Wie diese Überprüfung aussehen wird, kann man sich allerdings vorstellen: Erst einmal Gras über die Sache wachsen lassen, dann das wirkliche Ausmaß der Bedrohung, so gut es geht, vertuschen. Dafür gibt es genügend Beispiele. Nehmen wir nur einige von vielen Fällen, die in diesem Jahr bekannt geworden sind:

- Seit zehn Jahren war mit Kenntnis der zuständigen Behörden das Grundwasser in Frankenthal mit Benzol verseucht. Benzol führt bei langdauernder Einnahme selbst in kleinen Konzentrationen zur Knochenschädigung, zu Erbschäden und Leukämie. Die Behörden schwiegen und vertuschten den Fall. Ein Verfahren gegen die Saar-Ferngas, die tausend Liter Benzol versickern ließ, wurde eingestellt. Das Ausmaß der Verseuchung wurde erst durch die Betroffenen selbst aufgedeckt.
- Bekannt wurde die Verseuchung eines Teils des Frankfurter Trinkwassers mit Tetrachloraethylen. Bei längerer Einwirkung führt dieses Gift bereits in geringen Mengen zu Leber- und Nierenschäden und zu Reizzuständen der Atemwege. Aus der Tatsache, daß das Gesundheitsamt nicht reagierte, schloß man, daß wohl keine Gefahr bestünde. Das Gesundheitsamt wurde aber über den extrem hohen Anteil des Giftes gar nicht erst informiert.
- „Bedenkliche" Mengen Nitrate wurden im Trinkwasser von südbadischen Gemeinden gefunden.
- Seit 1970 lagerte Giftmüll der US-Army in ungeheuren Mengen in Scheunen von Dickesbach bei Ida-Oberstein in völlig unzulässigen und teilweise verrosteten Fässern.

Die Verseuchung unserer Umwelt durch die Kapitalisten ist eine ernste Bedrohung für unsere Existenz und unsere Gesundheit. Kämpfen wir gegen Giftmüllablagerung, giftige Abwässer und Luftverschmutzung!

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231/433691 und 433692.

5100 **AACHEN,** Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD,** Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Allestr. 49, Tel 0203/550623, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel 0461/29601

6000 **FRANKFURT,** Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK,** Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER,** Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER,** Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/46424, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.